

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Grosser Ratgeber: Lernende aufgepasst, das sind eure Rechte! Seiten 14-15

AHV 21 am 25. September
4 Männer aus 4 Generationen
sagen, warum sie 2 x Nein
stimmen +++ Bürgerlicher
Renten-Trick gescheitert +++
Noch kann der AHV-Abbau
gestoppt werden, aber:

Jede
Stimme
zählt!

Seiten 4-5

Strom-Wahnsinn hat System
Warum die Strompreise explodieren
und wer davon profitiert. **Seiten 10-11**

Schiedsrichterinnen streiken
Rote Karte für spanischen Fussball-
verband wegen Lohn-Foul. **Seite 2**

Bau-Streik: Die
Abstimmung läuft

Die Baumeister stellen bei
den LMV-Verhandlungen
absurde Forderungen. Was
sagen die Buezer dazu?
Die Reportage. **Seite 3**





workedito
Anne-Sophie Zbinden

NEIN UND DOPPELT NEIN!

Sie war eine grossartige Frau, eine Kämpferin mit Stil und Haltung. Und sie verstarb drei Tage vor der Queen, mit weit weniger Medienrummel: Margrith Bigler-Eggenberger, die erste Schweizer Bundesrichterin und mutige Vorreiterin für die Gleichstellung von Frau und Mann. Nur drei Jahre nach der Einführung des Frauenstimm-



Margrith Bigler-Eggenberger.
FOTO: KEYSTONE

rechts wurde die SP-Frau 1974 ins Amt gewählt. Und sorgte für Aufruhr: Jemand hatte Teile ihres Bewerbungsdossiers verschwinden lassen, und so wurde die Anwältin und Richterin dem Parlament als Praktikantin und Hausfrau präsentiert. In einem Interview sagte sie

später: «Mir wurden alle Fähigkeiten abgesprochen.» Es habe Kollegen gegeben, die sich weigerten, mit ihr zu sprechen. Die Zeitung «Ostschweiz» machte sie sogar zur «Mörderin im Bundesgericht», weil sie sich für einen straf-freien Schwangerschaftsabbruch einsetzte.

WUT I. Ein Höhepunkt ihrer Karriere – sie war 17 Jahre lang die einzige Frau am Bundesgericht – war der erste Lohngleichheitsprozess der Schweiz 1977: Eine Neuenburger Lehrerin hatte eine Beschwerde wegen Lohndiskriminierung erhoben, und das Bundesgericht gab ihr recht. Vier Jahre später wurde der Gleichstellungsartikel in der Verfassung verankert. Im Jahr des zweiten grossen Frauenstreiks, 2019, blickte sie zurück: «Wenn ich daran denke, dass ich mich bereits im ersten Lohngleichheitsprozess vor Bundesgericht erfolgreich für die Frau ausgesprochen habe und wir heute immer noch keine Lohngleichheit haben, dann macht mich das sehr wütend.»

FREUDE. Bigler-Eggenberger wurde in einen politischen Haushalt geboren. Der Vater war SP-Ständerat, die Mutter gründete die sozialdemokratische Frauengruppe in Uzwil SG. Und dann war da noch die Grossmutter: Die Freude der Witwe, als diese 1948 erstmals ihre eigenen 40 Franken AHV-Rente erhielt, prägte Margrith Bigler-Eggenberger ein Leben lang. Sie wurde zu einer Expertin für Sozialversicherungsrecht. Als Vorstandsmitglied des Bunds Schweizerischer Frauenorganisationen (heute Alliance F) vertrat sie diesen in der Schweizerischen AHV- und IV-Kommission. Ab 1974 unterrichtete sie Sozialversicherungsrecht als eine der ersten Dozentinnen überhaupt an der Universität St. Gallen. Über die 10. AHV-Revision, in der das Frauenrentenalter von 62 auf 64 Jahre heraufgesetzt wurde, sagte sie 1995: «Alle waren sich einig, dass die Gleichstellung der Frauen heute noch nicht so weit fortgeschritten ist, dass sich die Erhöhung aufdrängt. Und dann kommt die bürgerliche Mehrheit im letzten Moment und erhöht noch rasch das Alter auf 64. Für mich war das so zu verstehen: Ihr bösen Frauen, bezahlt jetzt für eure Gleichstellung.»

WUT II. Heute sind wir nicht viel weiter. Die Lohn-gleichheit bleibt in weiter Ferne: Das Einkommen von Frauen, bezogen auf alle im Erwerbsalter geleisteten bezahlten und unbezahlten Arbeitsstunden, ist im Durchschnitt 43,2 Prozent tiefer als das der Männer. Das sagt jetzt sogar der Bundesrat (siehe Seite 4). Die Ungleichheit setzt sich im Rentenalter fort: Frauen erhalten einen Drittel weniger Rente als Männer. Und trotzdem will eine bürgerliche Mehrheit (schon wieder) das Rentenalter der Frauen erhöhen und damit die Renten der Frauen senken. Dies, obwohl sich viele Frauen nur auf die AHV verlassen können, weil fast ein Drittel der erwerbstätigen Frauen gar nicht in einer Pensionskasse versichert ist. Deshalb: Nein und nochmals Nein zur AHV 21!

Spanien: Streik der Schiedsrichterinnen legt Liga lahm

Jetzt gibt's die rote Karte für grobe Lohn-Fouls

Mini-Gagen und nicht einmal Arbeitsverträge: dagegen wehren sich Spaniens Schiedsrichterinnen mit Streik. Die Liga reagiert mit Drohungen – und Verschwörungstheorien.

JONAS KOMPOSCH

Eine «neue Ära des Frauenfussballs» – nichts weniger hatte die spanische Frauenfussballliga (LPFF) versprochen. Nicht ganz zu Unrecht. Schliesslich können seit diesem Jahr endlich auch die weiblichen Fussballcracks Spaniens unter professionellen Bedingungen auflaufen. Das heisst: mit sicheren Arbeitsverträgen und guten Löhnen. Jahrelang mussten die Spielerinnen dafür kämpfen. Entsprechend

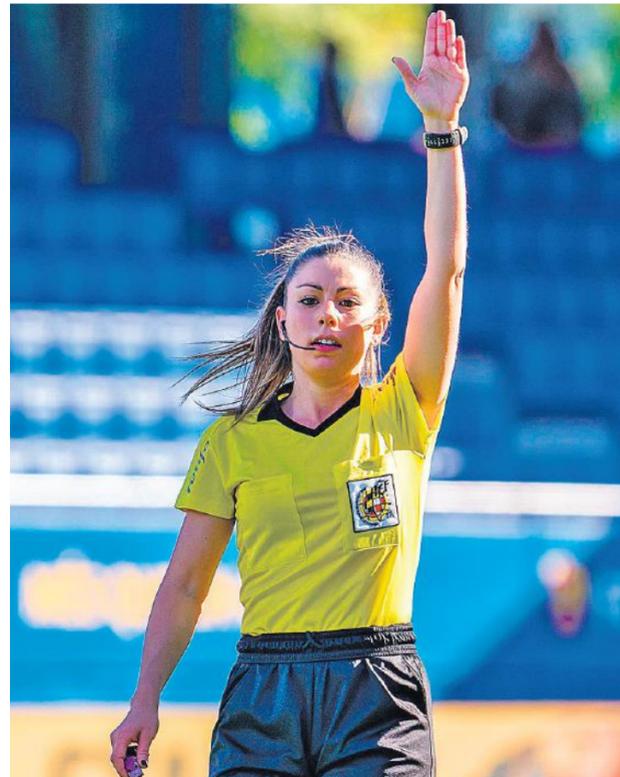
Kein einziges Spiel, bis die Forderungen erfüllt sind.

gross war die Vorfreude auf den 10. September, den Saisonstart der «Liga F», wie die Primera División der Frauen neu heisst.

Letztlich aber wurde es nie angepfiffen, das grosse Liga-Eröffnungsspiel zwischen Atlético Madrid und Real Sociedad. Denn für den Startpfiff fand sich nirgendwo eine Schiedsrichterin. Das hätte die Liga wissen können. Denn die Frauen-Schiris streiken – und zwar seit dem 8. September! Auch die Schiri-Assistentinnen sind im Ausstand.

160 EURO PRO SPIEL

Gewarnt hatten die Unparteiischen schon früh: «Im Kontext einer neuen und professionell



ABPFIFF: Spaniens Schiedsrichterinnen haben die Nase voll von Hungerlöhnen und fehlenden Arbeitsverträgen. FOTO: ALAMY

aufgestellten Liga brauchen auch wir Mindestkonditionen für unsere Arbeit.» Die Förderung des Frauenfussballs sei zwar «gerecht und nötig», doch es gehe nicht an, «dass der Beruf der Schiedsrichterin als einziger auf der Strecke bleibt». Ferner erklärten die Schiedsrichterinnen, sie würden «kein einziges Spiel» leiten, wenn die Liga nicht auf ihre Forderungen eingehe.

Heute verdient eine spanische Profischiedsrichterin der höchsten Liga 300 Euro pro Spiel. Eine Linienrichterin sogar nur 160 Euro. Mit derart tiefen Abfindungen sei eine seriöse Vor- und Nachbereitung der Spiele nicht machbar, argu-

mentieren die Streikenden. Nötig seien Arbeitsbedingungen, die es ermöglichen, «die für einen professionellen Spielbetrieb nötige Zeit aufzuwenden», und die «mit jenen der Männer vergleichbar sind». Konkret heisst das: ein fester Arbeitsvertrag mit Mindestlohn und Lohnfortzahlung bei Unfall und Krankheit.

MÄNNER SAHNEN AB

All das ist bei den Männer-Schiris längst Standard. Zudem beziehen sie stolze Gehälter: In der obersten Liga durchschnittlich 12.500 Euro pro Monat. Und selbst in der Segunda División verdient ein Pfeifenmann noch ein Vielfaches von

dem, was seine Berufskollegin in der höchsten Frauenliga erhält.

Solche Spitzenlöhne fordern die Streikfrauen nicht. Aber wenigstens ein Jahreslohn von 50.000 Euro soll es sein. Die Frauenliga LPFF aber will davon nichts wissen. Auf den Streik reagierte sie erbittert: Man werde sich nicht «erpressen» lassen, sondern «all jene auf Schadenersatz verklagen, die ihre Pflichten verletzen». Doch schon nach wenigen Tagen krebste die Liga zurück. Heute bietet sie den Streikenden einen Jahreslohn von 25.000 Euro. Das sei leider bloss die Hälfte des Nötigen, entgegneten diese am 12. September. Der Streik gehe daher weiter. Wieder reagierte die Liga postwendend – diesmal mit kruden Theorien.

AUFWIEGLER-PRÄSI

Der Streik, so die Liga, gehe gar nicht von den Schiedsrichterinnen aus. Vielmehr seien diese aufgehetzt worden – und zwar von Luis Rubiales (45), dem Präsidenten des Königlichen Spanischen Fussballverbands. Als Spitzenfunktionär und ehemaliger Chef der Spielergewerkschaft habe Rubiales «die Frauen wieder einmal als Rammbock benutzt, um sein einziges Ziel zu erreichen, den spanischen Frauenfussball zu zerstören». Starker Tobak!

Tatsächlich ist Rubiales nicht gerade als Feminist bekannt. Doch den Frauenfussball zerstören? Schiedsrichterin und Streiksprecherin Marta Huerta de Aza (32) winkt ab: «Wir erhalten von niemandem Befehle, und alleine wir entscheiden für uns!» Ausserdem seien nicht sie es, die den Frauenfussball blockierten, sondern die Liga-Oberen: «Wir möchten ja bloss einen anständigen Arbeitsvertrag!»

Über zahlt bis 3000 Franken

GENÈ. Nach fünfeinhalb Stunden Verhandlung hatten die Gewerkschaften Uber so weit: Der Dumping-Taxidienst willigte ein, seinen 800 Genfer Fahrerinnen und Fahrern eine Prämie von fast einer Million Franken zu zahlen (work berichtete: [rebrand.ly/uber-verhandlung](https://www.rebrand.ly/uber-verhandlung)). Jetzt hat Uber das Geld tatsächlich überwiesen: Die hundert Fahrerinnen und Fahrer, die in den letzten Monaten die meisten Fahrten gemacht haben, erhalten je 3000 Franken. Die übrigen Fahrerinnen und Fahrer bekommen 2250, 1500 oder rund 262 Franken. Seit das Bundesgericht im Mai entschieden hat, dass Uber ein Arbeitgeber ist, muss der Konzern mit den Gewerkschaften verhandeln. Auch über die künftigen Arbeitsbedingungen.



ZAHLTAG: Die Uber-Fahrerinnen und -Fahrer sehen endlich Geld. FOTO: GETTY

Klimafonds-Initiative lanciert

BERN. Ein Bündnis aus SP und Grünen lanciert eine Initiative für die Zukunft. Mit einem Klimafonds sol-



NEUE INITIATIVE: Über den Klimafonds soll 1 Prozent des BIP in den Klimaschutz fließen. FOTO: KEYSTONE

len demnach Gebäude isoliert, nachhaltige Heizungen gefördert sowie eine Solaroffensive gestartet werden. Das Ziel der Initiantinnen und Initianten: die Unabhängigkeit von fossilen Energien. Laut Initiativkomitee soll rund ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Klimaschutz fließen. In realen Zahlen entspricht dies jährlich zwischen 3,5 und 7 Milliarden Franken. Die Unterschriftensammlung läuft: rebrand.ly/klimafonds.

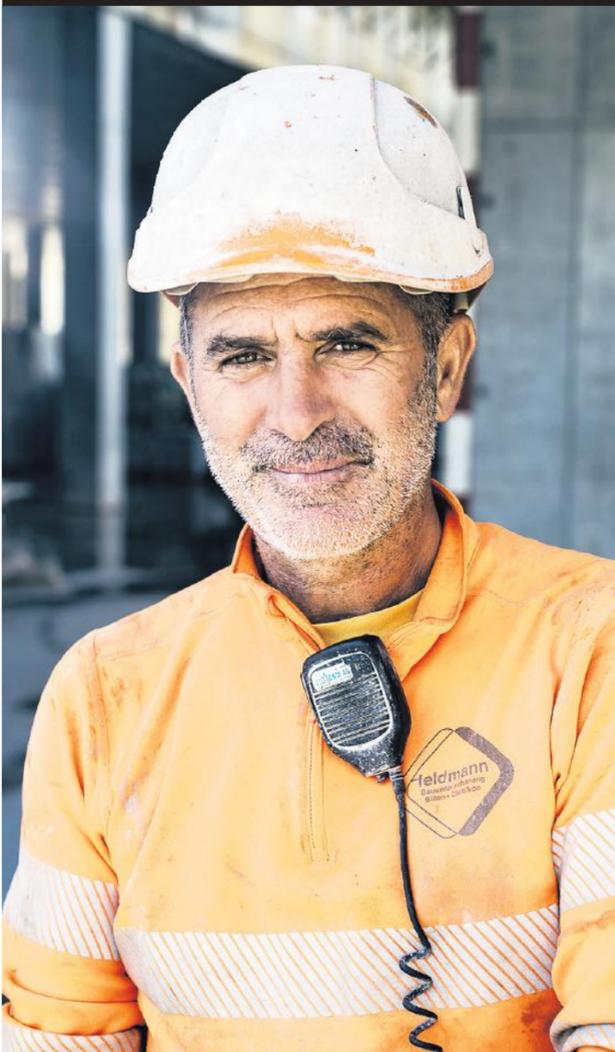
Mehr Lohn für Hollands Bähnler

AMSTERDAM. Mit Streiks legten die Bähnlerinnen und Bähnler in den letzten Wochen den Schienenverkehr in den Niederlanden lahm. An den Bahnhöfen stand teilweise alles still – selbst internationale Züge fuhren nicht. Die nächste Streikrunde wurde nun aber abge-sagt: Die Gewerkschaften haben mit der Eisenbahngesellschaft erfolgreich verhandelt. Die Löhne der Bahnangestellten steigen nun um rund 9 Prozent. Das sind rund 14 Franken pro Stunde. Weiter erhält jede Buezerin und jeder Buezer



NICHTS GING MEHR: Mehrmals seit Ende August streikten Hollands Bähnlerinnen und Bähnler. FOTO: ZVG

innerhalb der nächsten 18 Monate eine Pauschale von insgesamt 2000 Franken ausbezahlt.



BAUSTELLENMAGAZINER ADRIANO COELHO (55): «Im Hitzesommer habe ich auf der ganzen Baustelle Wasserflaschen verteilt.»



CHEFPOLIER XHENIAN ZANI (42): «Ein Zehn-Stunden-Arbeitstag ist schlicht zu viel. Wo bleibt da die Familie?»



BETONMASCHINIST JOAQUIM SILVA (40): «Wenn wir Arbeiter geschlossen am gleichen Strick ziehen, werden wir gewinnen!»

Büezer auf Aargauer Mega-Baustelle sind bereit zum Streik: «50-Stunden-Woche? Das können sie grad vergessen!»

Der Baumeisterverband pokert hoch mit seinem Totalangriff auf den Landesmantelvertrag. Wohl zu hoch, wie die Stimmung auf der drittgrössten Baustelle des Landes zeigt.

JONAS KOMPOSCH | FOTOS MICHAEL SCHOCH

Es kommt hart auf hart am Erscheinungstag dieser work-Ausgabe: Die Gewerkschaften Unia und Syna treffen zum fünften Mal in Folge auf den Schweizerischen Baumeisterverband (SBV). Das Ziel: die Aushandlung eines neuen Landesmantelvertrags für das Bauhauptgewerbe (LMV). Die Zeit drängt. Schon Ende Dezember läuft der bestehende Vertrag aus. Nur noch

Die Baumeister scheinen an einer Lösung nicht wirklich interessiert.

zwei weitere Sitzungen sind bis dahin geplant. Doch eine Einigung scheint noch völlig ausser Reichweite. So sagt Nico Lutz, Unia-Sektorleiter Bau: «Die Positionen liegen meilenweit auseinander. Denn die Forderungen des Baumeisterverbands sind so radikal wie nie zuvor!»

ÄLTERE ARBEITER IM VISIER

Konkret wolle der SBV die gültige Arbeitszeitregelung einfach abschaffen. Planungssicherheit für Büezerinnen und Büezer gäbe es damit keine mehr. Lutz erklärt: «Wann gearbeitet wird und ob überhaupt, soll künftig allein der Chef bestimmen können – wenn er will, auch ganz spontan.» Arbeit auf Abruf sei aber nicht der einzige

Wunschtraum des SBV. Auch die 50-Stunden-Woche wolle er einführen, zudem noch längere Arbeitstage im Sommer sowie eine schlechtere Vergütung von Überstunden.

Besonders abgesehen hat es der Verband offenbar auf ältere Bauarbeiter. Dazu Lutz: «Ausgerechnet jene, die ihr ganzes Berufsleben auf dem Bau verbracht haben, will der SBV jetzt leichter rauswerfen und dann in der tiefsten Lohnkategorie wieder anstellen können.» Das Fazit des Unia-Bauchefs ist daher klar: «Auf dieser Basis wird es mit uns keine Lösung geben!»

Heftige Kritik kommt auch von Johann Tscherrig, dem Bauverantwortlichen der Syna. Zwar hätten sich Gewerkschaften und Baumeister relativ rasch auf Verhandlungspunkte einigen können. Doch gebracht habe dies bisher wenig: «Sobald wir konkrete Massnahmen vorgeschlagen haben, sind die Arbeitgeber ausgewichen und haben vom Thema abgelenkt.» Mit dieser Taktik zeige der SBV, dass er «an Lösungen nicht wirklich interessiert» sei, sondern auf einen vertragslosen Zustand zusteure.

REALITÄTSFERNE BAUMEISTER

Dieser brenzligen Situation ist man sich auf den Baustellen sehr wohl bewusst. Das zeigt ein Besuch beim derzeit drittgrössten Wohnbauprojekt der Schweiz.

«Tivoli Garten» heisst die Mega-Baustelle (Webcam: rebrand.ly/livebaustelle). Sie liegt in Spreitenbach AG, direkt neben dem «Shoppi Tivoli», dem ältesten und grössten Shoppingcenter des Landes. Gleich fünf Kräne ragen hier in die Höhe. Über 100 Bauleute sind am Werk. Sie sollen für die Credit Suisse bis im Herbst 2024 zwei 65-Meter-Hochhäuser mit total 445 Wohnungen fertigstellen, dazu ein Sockelgeschoss mit integrierter Tramhaltestelle,



GUTE STIMMUNG: Trotz Ärger über die überzogenen Forderungen der Meister herrscht beim Protest-Zmittag in Spreitenbach AG gute Laune. Bei Händöpfelsalat und Grill-Güggeli beschliessen die Büezer einstimmig: notfalls gibt's Streik.

Gewerbeflächen und einem Kindergarten. Ein ambitionierter Zeitplan? «Absolut», sagt Chefpolier Xhenian Zani (42). Das Problem: «Ich soll die Türme möglichst tiftig hochziehen, doch die Architekten kommen mit ihren Plänen oft gar nicht mehr nach!» Trotzdem sei bisher alles rundgelaufen. Weder Unfälle noch Überstunden habe es gegeben. Und auch im Hitzesommer sei man gut zurechtgekommen. Zani verrät, weshalb: «Wir haben dreimal mehr Pausen eingelegt als normal.» Das übrigens habe seine Arbeitgeberin, die Feldmann AG aus Bilten GL, voll unterstützt. Die Firma stellte zudem Gratis-

Trinkwasser und Sonnencreme zur Verfügung. Und nicht nur das!

Baustellenmagaziner Adriano Coelho (55) fasste während der Mordhitz ein Spezialauftrag. Coelho sagt: «Ich war der Durstlöscher vom Dienst! Auf der ganzen Baustelle habe ich Wasserflaschen verteilt und die Kollegen zum Trinken animiert.» Über diesen Dienst seien sie schon sehr froh gewesen, sagt Chefpolier Zani. Was aber denkt er über die 50-Stunden-Woche, wie sie dem SBV vorschwebt? Zani lacht: «Das können sie grad vergessen! Unter diesen Umständen würden wir nämlich gleich zusammenpacken.» Ein

Zehn-Stunden-Arbeitstag sei schlicht zu viel: «Wo bleibt da die Familie?» fragt Zani. «Auf der Strecke!» antwortet ein Baukadermann, der nun dazustösst, aber anonym bleiben will. Doch auch er, der im Büro tätig ist, findet die SBV-Forderungen «völlig realitätsfern». Just in dem Moment ertönt unten an der Baustelleneinfahrt laute Latino-Musik.

STREIK OHNE GEGENSTIMME

Es ist das Bauteam der Unia Aargau-Nordwestschweiz, das mit einer Lautsprecheranlage aufgefahren ist und jetzt das Signal zur Mittagspause gibt. Aus allen Richtungen und Etagen strömen Arbeiter herbei. Für sie haben die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter heute Infos über die harzigen LMV-Verhandlungen parat. Aber auch Bekömmlicheres steht bereit: Händöpfelsalat und Grill-Güggeli. Gut siebzig Büezer langen herzlich, während Baugewerkschafter Fernando Monteiro den Stand der Dinge durchgibt: «Kollegen, jetzt wird es konkret! Die Meister wollen es wirklich darauf ankommen lassen!» An den Festbänken herrscht unterdessen babylonisches Sprachgewirr. Portugiesisch und Italienisch dominieren, aber auch Albanisch wird gesprochen, zudem Französisch, Spanisch, Serbokroatisch, Slowakisch und manchmal auch Deutsch. Trotzdem verstehen sich die Kollegen – und verstanden haben sie schon längst: Hier geht es ums Eingemachte!

Nun ergreift Betonmaschinist Joaquim Silva (40) das Wort: «Habt keine Angst!» ruft er, «wenn wir geschlossen am gleichen Strick ziehen, werden wir gewinnen!» Silvas Worte sitzen, aber überzeugen muss er hier niemanden: Ohne ein einziges Gegenwort stimmen die versammelten Bauarbeiter für einen Streik – falls die Meister nicht endlich zur Vernunft kommen sollten.



HÄNDE WEG VON UNSEREN RENTEN: Tausende Frauen und Männer gingen schon im letzten September gegen den geplanten Rentenklau an den Frauen auf die Strasse. FOTO: UNIA

BVG-Revisionsentscheid nicht vor AHV-Abstimmung Der rechte Renten-Trick ist krachend aufgefliegen

Bürgerliche Frauen wollten den Rentenabbau in der AHV mit Verbesserungen bei den Pensionskassen, bei der Kinderbetreuung und bei der Lohngleichheit schmackhaft machen. Ihre Parteikollegen haben sie vorgeführt.

CLEMENS STUDER

Es war eine seltsame Medienkonferenz am 4. Juli im an seltsamen Medienkonferenzen nicht armen Bundesbern. Fünf bürgerliche Frauen traten an, um für die Heraussetzung des Frauenrentenalters zu weibeln und damit für Renten Kürzungen von 26'000 Franken für ihre Geschlechtsgenossen. Seltsam war nicht etwa,

Die AHV-Abbauerinnen argumentieren nach Drehbuch der Banken.

dass da gut und sehr gut verdienende Frauen den weniger gut gestellten ans Geld wollen – das ist schlicht bürgerliche Politik. Seltsam war ihre Argumentationslinie. Sie zählten auf, was alles noch fehlt, bis die Frauen in der Arbeitswelt gleichgestellt sind. Es ist ein Katalog, den die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien seit Jahrzehnten vortragen. Und Lö-

sungen hätten, wenn diese von den rechten Parteien nicht immer verhindert würden. Zum Beispiel die Lohndiskriminierung, zum Beispiel die Diskriminierung der Frauen in den Pensionskassen, zum Beispiel fehlende Kita-Plätze und so weiter und so fort. Alle diese Probleme wollten sie lösen, versprochen die bürgerlichen Frauen, wenn nur endlich das AHV-Rentenalter der Frauen erhöht würde. Und sowieso käme mit der Pensionskassenreform dann alles gut für die Frauen.

BÜRGERLICHE STRATEGIE

Die bürgerlichen AHV-Abbauerinnen argumentierten damit ganz brav entlang dem Drehbuch, das Banken und Versicherungen ihren Parlamentarierinnen und Parlamentariern geschrieben hatten: Vor der AHV-Abstimmung in einem Rat eine Vorlage beschliessen, die Frauen eine Verbesserung ihrer miesen Situation im BVG verspricht, und im anderen Rat diese dann versenken (work berichtete). Denn die Finanzindustrie ist an einer echten Reform gar nicht interessiert. Zu viel Geld verdient sie am Status quo und kassiert immer mehr Lohnabzüge für immer weniger Leistung. Darum bekämpft sie auch den zwischen den Gewerkschaften und

den vernünftigen Arbeitgeberverbänden ausgehandelten BVG-Kompromiss. Dieser ist zwar keine Gewerkschaftsvorlage, bräcete aber zentrale Verbesserungen. Doch die Pensionskassen-Lobby gab den Tarif durch: Besser keine Revision als diese.

RECHTE SELBSTENTLARVUNG

Wenn Sponsoren den Tarif durchgeben, kuschen die Gesponserten. Doch diesmal waren sie sehr ungeschickt. Zuerst lancierte ein über-eifriger rechter Ständerat im Alleingang und quasi über Nacht ein eigenes Modell, das bei gleichen bis höheren Kosten wesentlich weniger Kompensationsmassnahmen für Gering- und Normalverdienende bringen würde. Darum verschob der Ständerat die Behandlung des Geschäftes in der Herbstsitzung. Jetzt hat die zuständige Kommission beschlossen, das Geschäft gar nicht mehr vor der Abstimmung zu behandeln. Und spätestens jetzt ist definitiv klar: Den Schmalmeinklängern der bürgerlichen Frauen ist nicht zu trauen. Das Ziel bleibt Abbau für Gering- und Normalverdienende überall, Verbesserungen nirgends. Diese Pläne kann nur ein Nein zu den AHV-21-Vorlagen für ein Weilchen stoppen!

Jetzt rechnet es der Bundesrat gleich selber vor: So klein sind die Frauenrenten

Frauen verdienen nach wie vor massiv weniger als Männer. Weder die Lohn- noch die Rentengleichheit haben sich verbessert. Im Gegenteil.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Im neusten Bericht vom Bundesrat zu den «Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern» steht es schwarz auf weiss: Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen blieb in den letzten acht Jahren unverändert gross. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? Bislang ist dieser Appell nicht angekommen. Trotz revidiertem Gleichstellungsgesetz.

Alle Frauen im Erwerbsalter zusammengezählt – also die Berufstätigen sowie die Nichtberufstätigen –, verdienen heute ganze 43,2 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Und leisten zudem noch wesentlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Pro Woche arbeitet eine Frau durchschnittlich 30,2 Stunden gratis für Haus und Familie. Ein Mann dagegen nur 19,2 Stunden. (work berichtet: rebrand.ly/renten-luecke).

Die tieferen Frauenlöhne sind auf Lohndiskriminierung zurückzu-

führen, aber auch auf typische «Frauenberufe» in Niedriglohnbranchen sowie auf einen hohen Anteil an Teilzeitsjobs. Damit nicht genug: Die Ungleichheit setzt sich im Rentenalter fort. Die Frauenrentenlücke hat sogar zugenommen und beträgt über einen Drittel. Denn insbesondere Mütter unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit oft und arbeiten Teilzeit, um Haus- und Familienarbeit zu übernehmen. Mit direkten Folgen für die Renten. Ganz besonders schlägt dies in der beruflichen Vorsorge, der 2. Säule, zu Buche.

EIN DRITTEL WENIGER

Gabriela Medici, stellvertretende Sekretariatsleiterin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), sagt: «Der Bericht bestätigt erneut, die Rentenlücken bei den Frauen sind nicht tragbar. Statt notwendige Verbesserungen in der Rente vorzunehmen, steht eine AHV-Reform zu Lasten der Frauen zur Abstimmung. Die Reform greift die AHV-Renten der Frauen an, obwohl für sie die Vorsorge aus der 1. Säule zentral ist. Nur jede zweite Frau hat überhaupt eine Rente aus der 2. Säule. Zudem

NIX GLEICHHEIT: Die Frauenlöhne und -renten liegen immer noch weit hinter jenen der Männer. FOTO: KEYSTONE

sind die Pensionskassenrenten der Frauen durchschnittlich 47 Prozent tiefer als jene der Männer. SGB-Frau Medici ergänzt: «Das Konzept der 2. Säule ist schlicht frauen- und familienfeindlich. Eine brauchbare Reform der beruflichen Vorsorge wäre zwar nötig – aber letztlich kann eine bezahlbare Lösung für die Frauen nur in einer Erhöhung der AHV-Renten liegen!»



Vor der grossen AHV-Abstimmung vom 25. September 2022:

4 Männer aus 4 Generationen sagen, war um sie 2 x Nein stimmen



Paul Rechsteiner (70), SP-Ständerat SG: «Bei einem Ja droht ein höheres Rentenalter»

«2021 lag der Betriebsgewinn der AHV 2,6 Milliarden im Plus. Das ist dreimal mehr als prognostiziert. Das Kapital der AHV liegt bei rekordhohen 49,7 Milliarden Franken. Trotzdem will AHV 21 die Renten der Frauen verschlechtern. Eine Heraussetzung des Rentenalters ist wirtschaftlich nichts anderes als ein Rentenabbau. Die Verschlechterung der Rente pro Frau beläuft sich auf rund 26'000 Franken. Betroffen sind bei den Verheirateten am Ende auch die Männer.»

KEINE GLEICHSTELLUNG. Befürworter der Reform argumentieren mit der Gleichstellung. Nur: Die Rentendiskriminierung der Frauen ist noch viel grösser als die Lohndiskriminierung. Ihre Pensionskassenrenten sind, soweit überhaupt vorhanden, oft klein und im Durchschnitt halb so hoch wie jene der Männer. Bis das korrigiert ist, wird es Jahrzehnte dauern. Die Heraussetzung des Rentenalters zum heutigen Zeitpunkt ist gleichstellungspolitisch verkehrt.

Unsozial ist auch, dass AHV 21 für die Frauen die Möglichkeit für den vorzeitigen Rentenbezug (mit gekürzter Rente) von 62 Jahren auf 63 Jahre heraufsetzt. Bei der vorzeitigen Pensionierung steht unter den Branchen der Finanzsektor mit Abstand an der Spitze. Für Privilegierte mit hohen Löhnen spielt die AHV eine untergeordnete Rolle. Im Gegensatz zu Angestellten in Branchen der Langzeitpflege, dem Verkauf oder der Reinigung, Gerade für sie ist der Arbeitsmarkt ab 60 Jahren schwierig geworden, wenn sie gesundheitliche Probleme haben oder das Pech, die Stelle zu verlieren.

Die Heraussetzung des Rentenalters in der AHV ist umso ungerechter, als die durchschnittliche Lebenserwartung statistisch mit der sozialen Stellung sinkt. Wer weniger verdient, bezieht auch weniger lang Rente: Das ist die Ungleichheit vor der Lebenserwartung, vor dem Tod.

FALSCHER ZEITPUNKT. Auf den ersten Blick scheint positiv, dass AHV 21 mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozenz verbunden wird. Je mehr Geld in der AHV-Kasse, desto besser, könnte man argumentieren. Eine höhere Mehrwertsteuer ist aber ungeniessbar, wenn sie mit einer Verschlechterung der Renten verknüpft ist. Und bei stark steigender Teuerung kommt sie zum falschen Zeitpunkt.

Die Wirtschaftsverbände investieren massiv in die Abstimmungskampagne. Ihnen und den bürgerlichen Parteien geht es um viel mehr: um den Einstieg in eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters für alle. Die von Banken und Versicherungen gesponserte Initiative der Jungfreisinnigen für Rentenalter 67 ist bereits im Parlament hängig. Bei einem Ja zur AHV 21 droht sofort die nächste Auseinandersetzung um ein höheres Rentenalter. Mit einem Nein zu AHV 21 am 25. September 2022 ist sie für die nächsten Jahre erledigt.»



Cédric Wermuth (36), Co-Präsident SP: «Respektlos gegenüber unseren Müttern»

«1981 gelang es endlich, die Gleichstellung von Mann und Frau in der Verfassung zu verankern. Es ist klar, dass wir darauf hinarbeiten sollen, dass diese Generation – meine – dereinst im gleichen Alter pensioniert werden sollte. Und zwar weil ich sicher bin, dass wir in den nächsten Jahren endlich mit der Gleichstellung vorankommen. Es ist etwas in Bewegung gekommen, wir sind langsam, aber immerhin auf dem richtigen Weg. Und es ist lange nicht gesagt, ob bis dahin das Rentenalter der Männer nach unten und nicht jenes der Frauen nach oben angepasst wird.»

ELITÄRE ÜBERHEBLICHKEIT. Aber wir sind heute noch nicht dort. Gerade bei den Löhnen oder der Aufteilung von Haus- und Betreuungsarbeit sind die Unterschiede immer noch enorm. Es fehlt in der Familienpolitik an allen Ecken und Enden, gerade auch an bezahlbaren Kita-Plätzen. Und noch viel weiter weg von der Gleichstellung ist die Generation unserer Mütter. Sie waren es, die wie viele Frauen vor ihnen die Doppel- und Dreifachbelastung von Familie und Beruf gestemmt haben. Genau diese Frauen, die Mütter meiner Generation, sollen jetzt mit einem höheren Rentenalter bestraft werden? Das ist respektlos. Die Vorlage des Parlaments zeugt von elitärer Überheblichkeit. Damen und Herren aus gutem Hause sind kaum betroffen, wie die Statistiken klar zeigen: Wer es sich leisten kann, geht heute schon früher in Pension. Weiterarbeiten müssen hingegen Frauen und Männer, die über keine gute Privatversicherung verfügen. Sie werden durch diese Reform bestraft, nicht nur die Frauen, auch die Ehemänner, weil die Ehepaarrente genauso abgebaut wird. Genau die Menschen also, die ein Leben lang hart gearbeitet haben und sowieso schon mit bescheidenen Renten auskommen müssen.

NEIN! NEIN! NEIN! Besonders stossend: Am gleichen Tag soll das Stimmvolk ausser dem AHV-Abbau auch ein Millionengeschenk an Konzerne und Oligarchen beschliessen. Genau jene Kreise also, die in den letzten Jahren saftige Gewinne eingestrichen haben. Aus leidvoller Erfahrung wissen wir alle nur zu gut, was das heisst: Bezahlen darf die Ausfälle dann das Volk. Für die, welche ohnehin schon genug haben, ist also Geld vorhanden, für unsere AHV aber nicht? Die Antwort am 25. September kann nur lauten: Nein! Nein! Nein!»



Pierre-Yves Maillard (54), Präsident Schweizerischer Gewerkschaftsbund: «0,08 %, 800 Millionen, 8 Milliarden»

«Für viele Frauen ist das Alter nach 64 keine Zeit, um zu reisen oder ihr Leben zu geniessen. Viele arbeiten als Gratis-Kinderbetreuerinnen für ihre Töchter und Söhne, weil die jungen Familien auf Unterstützung angewiesen sind. Ohne diese unbezahlte Arbeitszeit würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Grosse Eltern, vor allem Grossmütter, leisten im Jahr Familienarbeit in der Höhe von 8 Milliarden Franken. Und nun setzen wir diese unbezahlte Arbeit in Relation zu den 800 Millionen Franken netto an AHV-Leistungen, die durch Erhöhung des Frauenrentenalters gespart werden sollen.»

LOHNBEITRÄGE ODER OHRFEIGE. Und noch an eine Zahl mit einer 8 drin sollten ganz besonders jene gutverdienenden und gutausgebildeten Menschen denken, die auf den Balkonen standen und klatschten für jene Leute, die während der Coronapandemie an der Front standen. Diese Zahl lautet 0,08 Prozent. 0,08 Prozent für Arbeitnehmende und 0,08 Prozent für die Arbeitgeber. Um diese müssten die Lohnbeiträge erhöht werden, um die in der AHV 21 geplanten Renten Kürzungen für Frauen und ihre Ehepartner auszugleichen. Denn nichts anderes als eine Renten Kürzung ist die Erhöhung des Rentenalters für Frauen.

Wir haben also eine ganz konkrete Wahl am 25. September. Es ist die Wahl zwischen einer Ohrfeige für hart arbeitende Frauen oder einem Lohnbeitrag von jeweils 0,08 Prozent.

DAS GEHT NICHT! Angesichts dieser Alternative stimmen alle, denen ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit wichtig ist, Nein zur Erhöhung des Frauenrentenalters und Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer. Denn die AHV 21 reduziert ohne Not die AHV-Renten der Pflegefachfrauen, der Verkäuferinnen und ihrer Männer. Frauen und Männer, die seit langem hart arbeiten, werden von privilegierten Kreisen noch mehr benachteiligt. Das geht nicht.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind überzeugt, dass die Solidarität die Ressource bleibt, mit der wir alle Herausforderungen der Zukunft bewältigen können, und lehnen darum mit Kraft und Überzeugung die AHV-21-Vorlage ab!»



Sirius Kousadianos (23), Werkstudent Wirtschaftsrecht:

«Die AHV liesse sich gerechter finanzieren»

«Ehrlich gesagt: Mich mit 23 Jahren mit der AHV und meinem Pensionierungsalter auseinanderzusetzen ist herausfordernd. Denn von meiner eigenen Pensionierung bin ich noch zahlreiche AHV-Reformen oder -Reformlis entfernt. Doch die Tage, wo Junge wegschauen und sich mit ihrer Zukunft nicht auseinandersetzen müssen, sind vorbei. Uns stehen Krisen bevor, die Junge bewegen. So sehr bewegen, dass sich viele wünschen, bereits mit 16 politisch mitentscheiden zu dürfen. Wir sind nicht die faule Generation, wie es viele meinen. Wir sind eine Generation, die noch von Gerechtigkeit träumt und dafür kämpfen will.»

ZUERST LOHNGLEICHHEIT. Die Gleichberechtigung ist in meiner Generation das A und O. Doch wie soll die geplante Reform für Gleichberechtigung sorgen, wenn meine Mitstudentinnen heute noch schlicht andere Perspektiven haben als ich – und das nur, weil ich ein Mann bin? Bevor am Pensionierungsalter der Frauen gerüttelt wird, muss am Fundament gearbeitet werden: bezahlbare Kita-Plätze, mehr Elternzeit für Mütter und Väter, gleiche Ausbildungs- und Karrierechancen für alle und endlich die Lohngleichheit.

Uns steht allen eine Zeit bevor, in der die Kosten für unseren Lebensunterhalt aufgrund der Teuerung massiv steigen. Das schmerzt nicht nur mich als Studenten, sondern noch viel mehr die hart Arbeitenden in Tieflohnbranchen. Eine Mehrwertsteuererhöhung kommt zum schlechtesten Zeitpunkt für alle, die gerade jetzt aufs Portemonnaie schauen müssen.

FAIRE LÖSUNGEN. Ich bin überzeugt, es gibt zum heutigen Zeitpunkt gerechtere Wege, die AHV zu finanzieren, als die Renten unserer Mütter zu kürzen, die ihr Leben lang gearbeitet und gleichzeitig gratis für uns gesorgt haben. Lohnungleichheit muss bekämpft werden. Frauen sollen stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden. Teilzeitarbeit soll über das Pensionierungsalter hinaus gefördert werden. An dieser Stelle vertraue ich auf unsere jungen Politikerinnen und Politiker, faire und nachhaltige Lösungen zu finden. Ich vertraue auf bessere Lösungen als die vorliegende AHV-Reform. Deshalb stimme ich zwei Mal Nein.»



Notstand in der Pflege: Kehrtwende jetzt!

Den Spitalern und Heimen laufen die Pflegenden davon. Die Unia und drei weitere Organisationen fordern jetzt eine Reduktion der Arbeitszeit, mehr Ferien und Lohnzuschläge. Aber diese Reformen gibt es nicht zum Nulltarif.

CHRISTIAN EGG

Im Spital Wetzikon ZH arbeiten die Pflegenden neu anstatt 42 Stunden pro Woche noch knapp 38 – bei gleichem Lohn. Ähnliches gilt in den Berner Spitalgruppen Lindenhof und Siloah. Die Kliniken wollen so ihre Chancen verbessern im völlig ausgetrockneten Pflege-Arbeitsmarkt.

Sofort hiess es: Geht doch! Mit Blick auf die Pflegeinitiative, im November 2021 wuchtig mit 61 Prozent angenommen, titelte die «Sonntagszeitung» Ende August: «Druck wirkt.» Alles gut? Leider nein.

15 000 PFLEGENDE FEHLEN

Laut Daten der Jobsuchmaschine x28 fehlten zum Zeitpunkt der Abstimmung über die Initiative gut 12 000 Arbeitskräfte in der Pflege. Seither ist die Zahl weiter gestiegen, auf aktuell fast 15 000. Samuel Burri, Co-Leiter Pflege



GENUG! Ihrer Gesundheit zuliebe hat Pflegerin Sandra Schmiel gekündigt. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

bei der Unia, sieht als Hauptgrund eine Entwicklung, die er auch in den Betrieben feststellt: Immer mehr Pflegenden verlassen den Job.

Eine davon ist Sandra Schmiel aus Bern. Nach 30 Jahren Pflege hat sie jetzt gekündigt. Sie hatte die Nase voll von den ständigen 10-Stunden-Tagen: «Es war fast nie möglich, am Ende der Schicht zu gehen. Sonst wäre die Arbeit an den anderen hängengeblieben.» Zwar arbeitet die 52-jährige weiterhin in einem Heim – aber nur noch als Temporäre. So sei sie ihr eigener Chef: «Ich kann jederzeit sagen: Nächsten Monat verdufte ich und lade meine Batterien wieder auf.»

ES DROHT EINE VERSORGUNGSKRISE

Schmiel wird also unter dem Strich weniger arbeiten – ihrer Gesundheit zuliebe. Nötig sind aber nicht weniger Fachkräfte, sondern massiv mehr. Denn die Babyboomer kommen in die Jahre. Die Folgen hat das Bundesamt für Statistik kürzlich berechnet: Die Schweiz braucht 921 neue Altersheime mit entsprechendem Personal. Und zwar bis im Jahr 2040, also in achtzehn Jahren. Samuel Burri von der Unia warnt: «Der aktuelle Mangel an Pflegekräften ist nur der Vorgeschmack. Es droht eine nie dagewesene Versorgungskrise.»

«Am Ende meiner Schicht konnte ich fast nie gehen.»

PFLEGERIN
SANDRA SCHMIEL

Ausser, die Politik leitet jetzt die Kehrtwende ein und wertet die Care-Jobs deutlich auf. Genau das fordern die Gewerkschaften Unia, VPOD und Syna zusammen mit dem Pflegeverband SBK. In einem gemeinsamen Papier stellen sie fünf Massnahmen vor:

- 25 Prozent kürzere Arbeitszeit bei gleichem Lohn,
- eine Zulage bei kurzfristigen Änderungen des Dienstplans und massiv höhere Zulagen für Nacht- und Sonntagsdienste,
- 5 Wochen Ferien für alle, 6 Wochen ab 50,
- Umkleidezeit und Fahrzeit (Spitex) zu 100 Prozent bezahlt,
- Zuschüsse für externe Kinderbetreuung.

Es ist klar: Das alles gibt's nicht zum Nulltarif. Unia-Mann Burri: «Bund und Kantone müssen viel Geld in die Hand nehmen.» Aber die Investitionen brächten in zehn, zwanzig Jahren mehr Lebensqualität. Burri: «Anders als Corona und Ukrainekrieg haben wir hier eine Krise mit Ansage. Wenn wir jetzt die Weichen richtig stellen, profitieren wir alle, wenn wir im Alter Pflege benötigen.»

Teuerung, Prämienschock, explodierende Energiepreise

Jetzt müssen die Löhne rauf – und zwar auch real

Die Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen von 4 bis 5 Prozent. Mehr als berechtigt, wie die Zahlen zeigen. Und dringend nötig, damit die Lohnabhängigen auch real mehr im Portemonnaie haben.

CLEMENS STUDER

Die Teuerung ist zurück. Und wie! Die Krankenkassenprämien steigen um bis zu 10 Prozent. Die Strom-, Gas- und Heizölpreise steigen und steigen (siehe Seite 11). Gleichzeitig hat sich die Wirtschaft von der Coronakrise beeindruckend schnell erholt. Bei der grossen Mehrheit der Unternehmen laufen die Geschäfte gut bis sehr gut. Diese Eckpunkte zeigen klar: Es braucht den Teuerungsausgleich und eine zusätzliche reale Erhöhung der Löhne. Und: die Unternehmen können sich das leisten. Ihrem Gejammer zum Trotz. Denn sie haben in den vergangenen Jahren die von den Lohnabhängigen erarbeiteten Produktivitätsgewinne nicht oder nur höchst ungenügend weitergegeben.

EINE FRAGE DES ANSTANDES

Gewerkschaftsbundspräsident Pierre-Yves Maillard fordert die Anpassung der Löhne an die Realität der gestiegenen und auf den 1. Januar 2023 weiter steigenden Lebenshaltungskosten. Es sei «eine Frage des gesunden Menschenverstandes» und des «Anstandes» der Arbeitgeber.

Aber, so Maillard weiter: «Man hat von Arbeitgeberorganisationen Kritik an unseren Lohnforderungen gehört und den Hinweis, dass man in der Industrie vorsichtig sein müsse. Selbstverständlich, nichts gegen Vorsicht. Aber jetzt sind wir an der Reihe, zur Vorsicht aufzurufen. Sich gegen eine Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten sträuben, noch mehr Nacht- und Sonntagsarbeit fordern, um den Arbeitnehmenden die Last der Energiekrise aufzubürden, und gleichzeitig staatliche Beihilfen

Die Löhne nur an die Teuerung anpassen ist nicht genug.

hat seine Grenzen!» Und, so der oberste Gewerkschafter zum Schluss seiner Rede an der Lohn-Medienkonferenz des SGB: «Da wir jedoch befürchten, dass unsere Appelle an den gesunden Menschenverstand und den Anstand nicht ausreichen werden, rufen wir die Stimmbevölkerung auf, am 25. September ihrerseits sehr laut «c'è limite!» zu sagen, mit einem ohrenbetäubenden dreimaligen Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer, zur Senkung der Renten für Frauen und Ehepaare und zur Abschaffung der Verrechnungssteuer für reiche Obligationenbesitzer.»

oder eine Rückkehr zu Monopolen und regulierten Preisen zu fordern, um die steigenden Energiekosten auszugleichen – das ist ein bisschen viel aufs Mal.»

Zum Verhalten der Arbeitgeber sei ihm ein alter neapolitanischer Freund eingefallen.

Dieser habe jeweils «c'è limite!» gesagt, wenn in ihm die Empörung hochkochte. Das heisst frei übersetzt: «Es reicht!» beziehungsweise «Alles



FOTO: HEYSTONE

hat seine Grenzen!» Und, so der oberste Gewerkschafter zum Schluss seiner Rede an der Lohn-Medienkonferenz des SGB: «Da wir jedoch befürchten, dass unsere Appelle an den gesunden Menschenverstand und den Anstand nicht ausreichen werden, rufen wir die Stimmbevölkerung auf, am 25. September ihrerseits sehr laut «c'è limite!» zu sagen, mit einem ohrenbetäubenden dreimaligen Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer, zur Senkung der Renten für Frauen und Ehepaare und zur Abschaffung der Verrechnungssteuer für reiche Obligationenbesitzer.»

HÖCHSTE ZEIT

Seit 2016 hinken die realen Löhne der Produktivität hinterher. Unia-Chefin Vania Alleva sagt dazu: «Es ist höchste Zeit, dass die breite Bevölkerung echte und spürbare Lohnerhöhungen erhält.» Und verdeutlicht: «Wenn wir von echten Lohnerhöhungen sprechen, dann sprechen wir von realen Lohnerhöhungen, die über die Teuerung hinweg reichen. Erreichen die Lohnerhöhungen nur das Niveau der Teuerung, haben die Arbeitnehmenden am Ende gleich viel in der Tasche. Gibt es weniger als

die Teuerung, würden die Arbeitnehmenden sogar effektive Lohneinbussen erleiden.»

Konkret verlangt die Unia:

- **Für das Baugewerbe** den vollen Teuerungsausgleich plus eine reale Lohnerhöhung von einem Prozent. Bezogen auf einen Durchschnittslohn auf dem Bau, sind das rund 270 Franken im Monat.
- **Für das Ausbaugewerbe** den vollen Teuerungsausgleich plus eine reale Lohnerhöhung von einem Prozent – und zwar auf den Mindestlöhnen und den effektiven Löhnen.
- **Für den Detailhandel** den vollen Teuerungsausgleich plus 100 Franken generell für alle Angestellten des Detailhandels. Für langjährige Mitarbeitende ab 5 Dienstjahren zusätzlich 100 Franken. Auf den Durchschnittslohn im Detailhandel gerechnet, entsprechen diese Forderungen einer Lohnanpassung von 5 Prozent.
- **Für die Coiffeurbranche** den vollen Teuerungsausgleich und eine Lohnerhöhung im Sinne eines 13. Monatslohns.
- **Für die Industrie** den vollen Teuerungsausgleich plus ein Prozent Realloohnerhöhung.
- **Für die Chemie- und Lebensmittelindustrie** den vollen Teuerungsausgleich plus eine Realloohnerhöhung von einem Prozent.

Mega-Bschiss: Mietende zahlen Milliarden zu viel

Während die bürgerlichen Parteien den Hausbesitzern den Eigenmietwert schenken, ihnen aber weiterhin die Abzüge ermöglichen wollen, bleiben sie beim Milliardenbschiss an Mieterinnen seit Jahren untätig und setzen das geltende Recht nicht um (work berichtete mehrfach, zum Beispiel hier [rebrand.ly/eigenmietwert](https://www.rebrand.ly/eigenmietwert)). Zurzeit dürfte die Maximalrendite der Hausbesitzerinnen und -besitzer 3,25 Prozent betragen. Eine aktuelle Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS, nachzulesen hier: [rebrand.ly/bass-mieten](https://www.rebrand.ly/bass-mieten)) weist nach, dass die durchschnittliche Rendite der Immobilieneigentümer zwischen 2006 und 2021 aber bei 6,2 Prozent lag. Oder in Franken ausgedrückt: In den vergangenen 15 Jahren haben Vermieterinnen und Vermieter insgesamt 78 Milliarden Franken zu viel kassiert. Allein 2021 bezahlten Mieter und Mieterinnen schweizweit 10 Milliarden Franken zu viel Miete – das macht pro Monat ein paar Hundert Franken. Mit zwei gleichen Vorstössen wollen SP-Nationalrätin Jacqueline Badran und SP-Nationalrat Carlo Sommaruga dem jetzt einen Riegel schieben. Sie werden dieser Tage (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe am 14. September) behandelt. (cs)

Bundesrat will AHV-Renten nicht vollständig der Teuerung anpassen 500 Franken weniger im Monat!

Der Bundesrat weigert sich, die AHV-Renten voll der Teuerung anzupassen. Doch es gibt Hoffnung dank Mitte-Links.

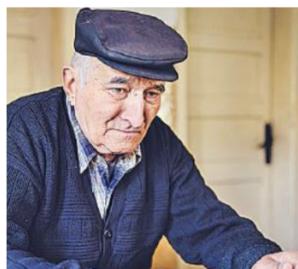
CLEMENS STUDER

AHV-Renten werden nur verzögert und nur teilweise an die Teuerung angepasst. Das Modell nennt sich Mischindex und basiert auf der durchschnittlichen Entwicklung der Löhne und der Teuerung. Die Anpassung er-

Das Parlament könnte den Entscheid doch noch kippen.

folgt alle zwei Jahre. Der nächste Stichtag ist der 1. Januar 2023.

Das Problem: Während die Löhne in den vergangenen Jahren stagnierten, ist die Teuerung in den vergangenen Monaten



TEUERUNG: Pensionierten fehlen Hunderte Franken. FOTO: ISTOCK

rasant gestiegen. Und auf das nächste Jahr hin kommt ein Prämienschock bei den Krankenkassen. Das bedeutet, dass die Renten aufgrund des Mischindex-Mechanismus zu wenig steigen, um die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner zu erhalten: sie haben real weniger Geld im Portemonnaie. Und zwar viel weniger – wie Berech-

nungen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) zeigen.

MONATSRENTE FUTSCH

Die SGB-Ökonominen und -Ökonomen haben mit zurückhaltenden Zahlen gerechnet: mit einer Jahresteuierung von 3 Prozent und einem Prämienanstieg von 7,5 Prozent. Branchenvertreter gehen bereits heute von einem Prämienanstieg im zweistelligen Bereich aus. Trotz diesen vorsichtigen Annahmen kommt der SGB zu erschreckenden Zahlen. Wenn die Teuerung bei der AHV nicht vollständig ausgeglichen wird – und weil die Pensionskassen die Teuerung gar nicht ausgleichen müssen –, resultiert für ein Rentnerpaar bis 2024 im Schnitt ein Kaufkraftverlust von monatlich 450 bis 500 Franken. Doch das kümmert den Bundesrat of-

fenbar nicht, er lehnt mehrere Vorstösse von SP und Mitte ab, die verlangen, dass die Teuerung vollständig ausgeglichen werde. Notfalls mit einer dringlichen Gesetzesanpassung. In der laufenden Session werden die Vorstösse von den Räten behandelt (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe).

SVP STELLT SICH QUER

Bereits offen gegen den vollen Teuerungsausgleich für AHV-Rentnerinnen und -Rentner hat sich die SVP gestellt. Doch noch besteht Hoffnung. Im Nationalrat kommen SP, Grüne und Mitte auf exakt die Hälfte der Stimmen. Sollten einzelne Vertreter der anderen Parteien doch noch ihre soziale Ader entdecken, könnte es reichen für den vollen Teuerungsausgleich. Im Ständerat hat Mitte-Links eine solide Mehrheit.

BALD INTERNATIONAL UNTERWEGS: Für Steinmetzin Marlena Senne geht es nächstes Jahr an die Weltmeisterschaft.



Swiss Skills: So war der Wettkampf der jungen Meisterinnen und Meister

Spannung, Freude und ein Fünkchen Magie

Ob Steinmetzin, Kosmetikerin oder Florist: rund 1000 Lernende stellten an der diesjährigen Berufsmeisterschaft in Bern ihr Können unter Beweis. work hat sie am Wettkampftag besucht.

DARIJA KNEŽEVIĆ
FOTOS FRANZISKA SCHEIDEGGER

In der Luft liegt der Geruch von Lack, Holz und Haarspray. Spitzt man die Ohren, so sind Schleifmaschinen, Instrumente und zischende Pfannen zu hören. Doch beim Betreten des Areals der Swiss Skills 2022 in der Berner Expo läuft man zuallererst direkt in die Arme der Sponsoren. Dabei sind die eigentlichen Stars der Berufsmeisterschaften die rund 1000 Lernenden.

Die jungen Berufsleute stellen während dreier Tage ihr Können unter Beweis. Plötzlich stehen sie im Scheinwerferlicht statt in der gewohnten Werkstatt. Im Wettkampf tritt die Schweizer Crème de la crème der Köchinnen, Bäcker, Malerinnen, Gipser, Coiffeusen oder Fahrradmechaniker gegeneinander an. Auch rare Berufe wie Blasinstrumentbauer, Bootsbauerinnen oder Edelsteinfasser sind mit ihren Jungtalenten vertreten.

Nicole Cornu ist Zentralsekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und dort zuständig für das Dossier Bildungspolitik und Jugend. Sie sagt: «Die Swiss Skills sind besonders für die Lernenden ein einmaliges Erlebnis und ein potentielles Karrieresprungbrett.» Cornu sitzt auch im Stiftungsrat von Swiss Skills und vertritt die Arbeitnehmenden. Aus gewerkschaftlicher Sicht sei wichtig, «dass Arbeits- sowie Erho-

lungszeiten auch während der Wettkämpfe eingehalten werden und dass die Lernenden aus eigenem Willen bei den Meisterschaften mitmachen». Der Anlass sei zudem ähnlich wie ein Sportevent: professionelles Coaching, Fördermittel sowie die Qualifikation für internationale Wettkämpfe warten auf die Gewinner und Gewinnerinnen.

Bootsbauerin Chantal Hefti (19): «Ich will Matrosin werden!»

Für Chantal Hefti sind die Swiss Skills ein aufregendes Erlebnis. Die 19jährige hat ihre Lehre als Bootsfachwartin im vergangenen Sommer abgeschlossen. In ihrer Werkstatt ist Chantal die einzige Frau. Sie sagt: «Meine Kolleginnen sitzen im Büro.» Für die Lehrabgängerin ist der Beruf als Bootsfachwartin genau das Richtige: «Ich mag es, mit Kunststoffen zu arbeiten, kümmere mich um Reparaturen, Umbauten sowie Restaurationen.» Zudem übernimmt sie als Bootsfachwartin auch Arbeiten an der Elektronik und den Sanitäranlagen auf den Booten.

Der Wettbewerb an den Swiss Skills unterscheidet sich stark von



GEWONNEN! Bootsbauerin Hefti machte in ihrem Beruf den ersten Platz.

Chantal Heftis Job in der Realität. «Normalerweise stehe ich in der Werft – egal bei welchem Wetter. Hier darf ich in einer schicken Halle meine Skills zeigen», sagt Chantal. Der Lehrabschluss ist für die Bootsfachwartin aber erst der erste Schritt. work verrät sie: «Irgendwann will ich Matrosin werden!» In der Disziplin Bootsfachwartin arbeitet sich Chantal Hefti bei den diesjährigen Swiss Skills auf den ersten Platz!



DIREKT AUFS PODEST: Florist Bundi schaffte es als Dritter aufs Treppchen.

Florist Massimo Bundi (18): «Hochzeiten verschönern»

Ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene – alle machen grosse Augen beim Begutachten der bunten Sträuße am Stand der Floristinnen. Inmitten der Frauen steht Massimo, der einzige Mann im diesjährigen Final der Floristinnen. «Ich kenne das nicht anders – auch in der Gärtnerei bin ich der einzige Florist», sagt Massimo. Dass Männer in seinem Beruf untervertreten sind, schreckte Massimo nicht ab, diese Lehre zu wählen. Der Traum, Florist zu werden, ist bei ihm schon früh gesprossen. Bereits als Kind spielte er gerne mit Blumen.

Der 18jährige ist im letzten Lehrjahr, nach der Ausbildung will er auf jeden Fall im Beruf bleiben. Rosige Zukunftspläne hat der junge Florist auch bereits: «Ich würde gerne als Hotel-florist arbeiten und Events wie zum Beispiel Hochzeiten mit Blumengestecken verschönern.» Die Meisterschaften bei Swiss Skills sind für Massimo herausfordernd und aufregend: «Das Publikum macht einen nervös. Ab und zu fliegt auch ein Blick zu den Werken meiner starken Konkurrentinnen.» Doch er lässt sich nicht aus der Ruhe bringen und schafft es in der Disziplin Florist auf den dritten Rang. Nach acht Jahren treten bei den Meisterschaften der Floristinnen wieder Männer an. Neben Massimo war ein weiterer Florist in den Vorrunden dabei.

Kosmetikerin Ajlin Luleski (18): «Ein Lächeln schenken»

Nur wenige Schritte weiter verschönern Kosmetikerinnen nicht Blumen, sondern die Kundschaft. Ganz zu-

oberst aufs Podest schafft es Kosmetikerin Ajlin Luleski. Sie sagt: «Das Beste an meinem Beruf: Ich kann den Menschen etwas Gutes tun, ihnen Selbstbewusstsein und ein Lächeln schenken. Das ist definitiv mein Traumberuf.» Die 18jährige hat vor einigen Wochen ihre dreijährige Lehre erfolgreich abgeschlossen, nur wenige Wochen später erlebt sie den nächsten Triumph an den Swiss Skills.

Die Arbeit beim Wettbewerb sei jedoch ganz anders als im Kosmetikstudio. Auch sie war es nicht gewohnt, vor einem Publikum zu arbeiten. Luleski sagt: «Normalerweise sind wir



GOLD GEHOLT: Kosmetikerin Luleski erreichte den Spitzenplatz.

Kosmetikerinnen in einem geschlossenen Raum, alleine mit unseren Kundinnen und Kunden.» Für Luleski waren die Swiss Skills ein magisches Erlebnis.

Steinmetzin Marlena Senne (22): «Von Eisskulpturen begeistert»

Auch die 22jährige Marlena Senne kennt den Zauber der Meisterschaft. Sie hat 2020 die Goldmedaille als Steinmetzin geholt. Mit dem Titel geht sie nächstes Jahr an die Weltmeisterschaft. Der Beruf als Steinmetzin ist für die junge Frau genau das Richtige. Marlena Senne sagt: «Mich haben schon immer Schnee- und Eisskulpturen begeistert. Dass man etwas ähnliches auch aus Stein meisseln kann, macht den Beruf einzigartig.» Heute macht Senne eine Weiterbildung im Bereich der Denkmalpflege. «Ich bin oft in der Zürcher Altstadt unterwegs und helfe bei Restaurationen von Steinskulpturen oder geschichtsträchtigen Gebäuden mit», sagt die Steinmetzin.



Die Briefträgerin & die Titelbilder

Seit ewig will die Briefträgerin von den Titelbildern erzählen. Anfang 2021 – lang ist's her, schon klar – veränderte die Personalzeitung der Post sowohl ihren Namen wie auch ihr Erscheinungs-



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

bild. Als die Briefträgerin die erste Ausgabe der «Pmag» (bisher «die Post») aus dem Kasten nahm, erschrak sie fast: Ein Gesicht in brutaler Nahaufnahme blickte ihr entgegen, unbewegt, ohne auch nur den Anflug eines La-

Auf dem Titel des Post-Magazins: ein starres Gesicht nach dem andern.

chens oder Lächelns, ein Bild wie aus dem Kriminalarchiv. Schwerpunktthema dieser ersten neuen Ausgabe war der Mut.

AUSDRUCKSLOS. Es ging seither so weiter mit den Titelblättern: ein starres, ausdrucksloses Gesicht nach dem andern. Einzig die Frau auf der Märzangabe 2022 trug die Andeutung eines Lächelns auf den Lippen und in den Augen. Dieses sollte vielleicht Freude symbolisieren, denn die Mitarbeitendenzeitung 1-2022 legte «den Fokus ganz auf die Frauen». Im Juli 2021 hatte die Briefträgerin ein Mail an die Redaktion des «Pmag» geschrieben: «Die neuen Titelseiten der Mitarbeitendenzeitung der Post inspirieren mich (...). Und da nähme mich natürlich wunder, wie Ihr darauf gekommen seid, eine solche Gestaltung zu wählen.» Eine Antwort blieb aus, und die Briefträgerin legte das Thema beiseite.

GÜRTELROSE. Nicht zuletzt die Werbekampagne der Inselgruppe, eines bernischen Spitalverbunds, rief es ihr indessen kürzlich in Erinnerung: Pflegende lobten da ihre Arbeit und ihre Arbeitsplätze. Unbewegte Riesengesichter schauten von Plakatwänden herab, beinahe bedrohlich, so dass die Briefträgerin sich halb schaudernd fragte, ob sie sich von deren Trägern und Trägerinnen pflegen lassen möchte. Und nun die aktuelle Gürtelrose-plakatserie eines Pharmaunternehmens. Hier sollen die Nahaufnahmen die Betrachtenden das Fürchten lehren, das ist klar. Und dass die Abgebildeten nicht fröhlich schauen, ist nachvollziehbar.

Bei der Personalzeitung der Post dagegen, deren Inhalte an Optimismus kaum zu überbieten sind – warum nur blicken da die Covergirls und -boys so verbissen, um nicht zu sagen grimmig? Ja, warum nur?

EU-Sparprogramm

Der griechische Patient

Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt ist der Patient Griechenland soeben aus dem Spital entlassen worden. Genesen ist er aber nicht.

Blenden wir zurück: Griechenland hat es nach der globalen Finanzkrise 2012 schwer erwischt. Staat und Wirtschaft hatten zu viele Kredite aufgenommen und wurden zahlungsunfähig. Wirksamer wäre ein Schuldenschnitt



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

gewesen. Doch da hätten französische und deutsche Banken bluten müssen. Oder die EU die Schulden übernehmen. Aber den «faulen Griechen Geld nachschliessen»? Das wollten weder die Deutschen noch die geizigen Nordländer.

SCHOCKTHERAPIE. So kam die Zwangsbehandlung durch die Doktoren des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission. Sie verschrieben ein Stahlbad der Austerität: Senkung des gesetzlichen Mindestlohns und der Renten; Schleifung der GAV, Abbau bei Service Public und öffentlichen Investitionen, Privatisierung des Hafens von Piräus...

Das Spardiktat führte zu einer höheren Kindersterblichkeit.

Die schwach aufgestellten Gewerkschaften versuchten Widerstand zu leisten mit eintägigen Generalstreiks, die aber kaum Eindruck machten. Resultat der Schocktherapie: Die Arbeitslosigkeit stieg auf 30 Prozent. Die Effektivlöhne sanken um über 20 Prozent, die Altersrenten bis zu 50 Prozent. Millionen Griechinnen und Griechen waren in Armut. Die Kindersterblichkeit stieg an.

BEHANDLUNGSFEHLER. Im August 2022 haben die «Doktoren» nun den Patienten aus ihrer Überwachung entlassen. Der griechische Staat hat etwas Schulden zurückbezahlt und hat ein ausgeglichenes Budget. Aber gesund ist der Patient nicht, trotz konjunktureller Erholung in den letzten Jahren. Die offizielle Arbeitslosigkeit ist mit 14 Prozent die höchste in der EU. Hunderttausende sind aus Griechenland emigriert, gerade auch Fachkräfte, die es heute bräuchte. Die Löhne sind leicht gestiegen, aber noch lange nicht auf das frühere Niveau.

Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst geben mit Streiks Gegensteuer. Aber im Privatsektor sind sie geschwächt. Intern bekämpfen sich politische Gruppen. So sprengte die Fraktion, die der Kommunistischen Partei nahesteht, zusammen mit Hunderten Claqueuren den letzten Kongress der Dachorganisation.

Unterdessen anerkennen immer mehr Ökonomen, auch beim Währungsfonds, dass die Therapie in Griechenland komplett falsch war. Aber auf eine Wiedergutmachung wird der Patient wohl ewig warten...



Umfrage Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM)

Bald wird der Gesamtarbeitsvertrag MEM erneuert. Was sind deine Prioritäten bei den Verhandlungen? Deine Meinung zählt, fülle unsere Umfrage bis am 5. November 2022 aus:

www.unia.ch/gav-mem

Ukraine: ILO kritisiert umstrittene Reform des Arbeitsgesetzes

«Der Arbeitsschutz verkommt so zu einer leeren Hülle»

Auch eine Folge der russischen Invasion: Ukraines Präsident Selenski nutzt das Kriegsrecht zum Abbau des Arbeitsschutzes im Land.

MICHAEL STÖTZEL

«Das ist grotesk», sagt Sharan Burrow, die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes. «Während ukrainische Arbeiterinnen und Arbeiter das Land verteidigen und sich um Verletzte, Kranke und Vertriebene kümmern,

Jetzt können Firmen die 60-Stunden-Woche verhängen. werden sie vom eigenen Parlament angegriffen.» Was Burrow einen Angriff nennt, sind Reformen des Arbeitsrechtes, die das ukrainische Parlament Mitte Juli verabschiedet und Präsident Wolodimir Selenski am 17. August unterzeichnet hat.

WENIGER SCHUTZ

Die Reform «Vereinfachte Verfahren der Beschäftigung» erlaubt es Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitenden, individuelle Arbeitsverträge abzuschliessen, die abgesehen vom nationalen Mindestlohn keine weiteren gesetzlichen Normen mehr einhalten müssen. Es gibt keine Verpflichtung mehr, Gesamtarbeitsverträge der Gewerkschaften anzuerkennen und diese bei Einstellungen oder Entlassungen anzuhören. Kündigungsfristen werden radikal verkürzt und Arbeitsschutzbestimmungen ganz aufgehoben, sofern die Arbeiterinnen und Arbeiter schriftlich mögliche Gefahren akzeptiert haben. Schliesslich kann die wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 60 Stunden verlängert werden. In einem zweiten Gesetz wurden Null-Stunden-Verträge legalisiert, also Arbeit auf Abruf. Bis zu 10 Prozent einer Belegschaft können demnach künftig auf 32 Stunden Mindestarbeit monatlich gesetzt werden.

Die ukrainische Baugewerkschafterin Anna Andreeva sagt ge-



ARBEIT IN TRÜMMERN: Eine Reinigungsfrau trägt in der ostukrainischen Stadt Charkiw einen Stapel Druckerpapier aus einer zerstörten Schule. FOTO: KEYSTONE

genüber work, die Details der neuen Gesetze seien noch unklar, da sie noch nicht offiziell veröffentlicht worden seien. Andreeva hatte die Ukraine wegen des Krieges verlassen müssen und arbeitet inzwischen für die Bau- und Holzarbeiter Internationale in Genf (work berichtete: rebrand.ly/andreeva).

Allerdings wussten ihre ehemaligen Kolleginnen und Kollegen bereits, was auf sie zukommen würde. Im wesentlichen hatte Selenskis Regierungspartei «Diener des Volkes» die neuen Bestimmungen des Arbeitsmarktes nämlich bereits Mitte 2021 im Parlament eingebracht. Danilo Hetmantsew, der Vorsitzende des parlamentarischen Finanzausschusses, erklärte damals: «Ein Beschäftigter sollte die Beziehungen zu einem Arbeitgeber selbst regeln können, ohne den Staat. Das ist es, was in einem Staat passiert, wenn er frei ist, europäisch und marktorientiert.» Experten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) widersprechen: Die Beschäftigten seien

grundsätzlich in der schwächeren Position, und in den Verhandlungen zwischen den ungleichen Parteien würden die Arbeitsbedingungen nach den Interessen des Arbeitgebers festgelegt. So verkomme der Arbeitsschutz zu einer «leeren Hülle».

LANGE GEPLANT

Damals wurden die Gesetzesinitiativen nach Protesten des Europäischen (EGB) und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) im Parlament nicht weiterverfolgt. Um dann im März zu weiten Teilen von Selenski per Dekret erlassen zu werden, wozu ihn das Kriegsrecht ermächtigte. Jetzt wurde nur noch die parlamentarische Behandlung nachgeholt. Offiziell sollen die neuen Bestimmungen bis zum Ende des Krieges gelten. Schon vor Putins Einmarsch in die Ukraine und unter dem alten Arbeitsrecht schätzten ausländische Investoren die Ukraine als Billiglohnland. Gewerkschaftssprecher befürchten trotzdem, dass ihre rechtliche

Schwächung auch nach dem Ende des Krieges nicht mehr zurückgenommen wird.

Mittlerweile ist auch ein weiteres Gesetz in Behandlung, das die Enteignung von Gewerkschaftseigentum ermöglicht. Es geht dabei vor allem um Häuser, Hotels und Ferienanlagen, die die FPU, der grösste ukrainische Gewerkschaftsbund, bei der Unabhängigkeit der Ukraine als Rechtsnachfolgerin des sowjetischen Gewerkschaftsbundes übernommen hatte. Sie werden derzeit zur Unterbringung von Binnenflüchtlingen genutzt. EGB und IGB, die in den letzten Monaten mehrfach Selenski vergeblich dazu aufgerufen hatten, die Reformen zu stoppen, halten das Enteignungsvorhaben für eine Drohung, die die Gewerkschaften von Protesten gegen ihre Entmachtung in den Betrieben abhalten soll. Jetzt fordern sie die Europäische Union auf, in den anstehenden Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine auf eine Rücknahme der neuen Arbeitsgesetze zu drängen.

Wegen Pandemie und Krieg: EU will Notrechte

Wird das Streikrecht nun ausgehebelt?

Um in Krisenzeiten die Versorgung zu sichern, will die EU-Kommission weitgehende Vorschriften machen können. Und kippt dabei das Recht auf Streik. Jetzt schlagen die Gewerkschaften Alarm.

JONAS KOMPOSCH

Produktionsvorschriften für die Privatwirtschaft, Verbote von Export-Stops und Zwang zur Offenhaltung von Staatsgrenzen – solche Kompetenzen beansprucht neu die EU-Kommission. Die Exekutive des Staatenbunds will damit sicherstellen, dass strategisch wichtige Güter und Dienstleistungen auch während Kriegen, Pandemien oder Naturkatastrophen allen Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Ihren Vorschlag für ein «Notfallinstrument für den EU-Binnenmarkt» (Single Market Emergency Instrument)



PROTEST-MITTEL: Stahlarbeiter-Streik in Duisburg DE. FOTO: KEYSTONE

hat die Kommission jüngst vorgestellt. Damit will sie künftig verhindern, was während der Coronapandemie passiert war: Staaten schränkten die Personalfreizügigkeit drastisch ein, was zu einem Arbeitskräftemangel führte. Und nationale Export-Verbote, etwa von medizinischen Gütern, verschärften

die Lieferengpässe. Nun will Brüssel in Krisenzeiten mehr Befugnisse für Marktregulierungen. Konkret will die Kommission Unternehmen vorschreiben können, bestimmte Aufträge voranzutreiben und andere zurückzustellen. Auch sollen Firmen und Branchenverbände einer Informationspflicht über krisenrelevante Güter unterliegen. Verstösse sollen mit 300 000 Euro zu Buche schlagen.

STREIKS ALS «KRISEN»

Nichts wissen von solchen Eingriffen in die «unternehmerische Freiheit» will freilich die Industrie. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer etwa spricht von einem «No-Go», das «die Reputation des Standorts Europa» und die Wettbewerbsfähigkeit beschädige. Aber auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB)

schlägt Alarm. Denn die Kommission hat in ihrem Reformvorschlag just jenen Artikel aus dem Gesetz gekippt, der heute das Recht auf Streik ausdrücklich schützt. Laut EGB ist zudem zu befürchten, dass Streiks künftig als «Krisen» definiert und dann mit dem «Notfallinstrument» ausgehebelt werden könnten.

EGB-Präsident Luca Visentini hat daher in Brüssel reklamiert: «Das Streikrecht ist untrennbar mit dem Recht auf Tarifverhandlungen verknüpft und kann nicht durch Notfallmassnahmen eingeschränkt werden.» Der EGB anerkenne zwar die Bemühungen um Versorgungssicherheit. Doch Krisenbewältigung dürfe niemals zur Aushöhlung von Grundrechten missbraucht werden.

Die Antwort der EU-Kommission war bei Redaktionsschluss (14.9.) nicht bekannt.

FALSCH ABGEBEGEN: Über ein Subunternehmerkonstrukt versuchte Smood, seine Fahrerinnen und Fahrer um ihren Lohn zu bringen. FOTO: PD



Entlassungen beim Subunternehmer Simple Pay Unia-Anwalt entlarvt Smood-Manöver

Über das Marionetten-Unternehmen Simple Pay will der Essenslieferdienst Smood ganze 10 Millionen Franken einsacken, die den Fahrerinnen und Fahrern gehören. Doch diese sagen: «Nicht mit uns!»

CHRISTIAN EGG

Mindestens 10 Millionen Franken könnten Multimillionär Marc Aeschlimann und die Migros mit der Entlassung von 218 Simple Pay-Mitarbeitenden einsparen, schätzt die Unia. Denn ihnen gehört der Essenslieferdienst Smood. Aber der Smood-Gründer und der Grossverteiler müssten dazu erst die Lohnschulden des Subunternehmens Simple Pay los werden. Und deshalb hat Simple Pay alle seine Fahrerinnen und Fahrer entlassen. Ohne Sozialplan. Doch fangen wir vorne an.

ILLEGALE VERTRÄGE

Lange war Simple Pay der Motor für den Aufstieg von Smood im umkämpften Foodkuriermarkt. Die Firma funktionierte als Personalverleiherin und hatte in den besten Zeiten fast 1000 Fahrerinnen und Fahrer in der ganzen Westschweiz unter Vertrag. In Smood-Uniformen lieferten sie Smood-Bestellungen aus. Smood strich den Profit ein und gab Simple Pay gerade genug, um die miesen Löhne zu zahlen. Den Augustlohn hat der Simple Pay-Fahrer Maher Bouazizi sogar erst im September erhalten, wie er gegenüber work berichtet. Bis zum Konkurs von Simple Pay scheint es derzeit nicht mehr weit.

Der historische Fünf-Wochen-Streik bei Smood und Simple Pay im letzten Winter ([rebrand.ly/smoostreik](https://www.work.ch/brand.ly/smoostreik)) war der Anfang vom Ende für Simple Pay. Nach dem Streik stellte

die Genfer Schlichtungsstelle fest: Die Verträge von Simple Pay sind illegal. Denn die Firma bezahlte die Lieferfahrten nur minuteweise anstatt die gesamte Schicht. Jetzt haben die Fahrerinnen und Fahrer Anrecht auf hohe Lohnnachzahlungen. Food-Kurierinnen und -Kuriere sind eigentlich dem Gastro-GAV unterstellt. Doch Smood weigert sich, dies umzusetzen, und hat lieber einen Hinter-



«Smood muss als Arbeitgeber für die Lohnforderungen geradestehen.»

ANWALT CHRISTIAN DANDRÈS

rücks-GAV mit der Gewerkschaft Syndicom abgeschlossen ([rebrand.ly/hinterruecks-gav](https://www.rebrand.ly/hinterruecks-gav)).

Rückwirkend seit der Firmengründung 2018 belaufen sich die Nachzahlungen allein im Fall von Fahrer Maher Bouazizi auf 61 000 Franken, die er jetzt, unterstützt von der Unia, vor Gericht einfordert ([rebrand.ly/smoood-klage](https://www.rebrand.ly/smoood-klage)). Insgesamt dürften die Lohnrückstände zehn Millionen Franken oder mehr ausmachen.

Weder Smood noch Simple Pay haben auf die Fragen von work reagiert. Die bisherige Erfahrung zeigt: Smood tut alles, um nicht zahlen zu müssen. Bei einem Konkurs von Simple Pay könnte Smood jetzt sagen: Ätschpäschi, Simple Pay ist pleite. Und wir waren nicht der Arbeitgeber.

PERSONELLE VERFLECHTUNGEN

Doch jetzt zeigt sich: Das verfängt nicht. Im Auftrag der Unia vertritt der Genfer Anwalt und SP-Nationalrat Christian Dandrès mehrere Simple Pay-Fahrer. In seinen Klagen weist er nach: Simple Pay war nur eine Marionette. «Smood hatte alle Fäden fest in der Hand», so Dandrès gegenüber work. Misstrau-

isch machten ihn zuerst die engen personalen Verflechtungen zwischen den beiden Firmen: Die Gründerin und Geschäftsführerin von Simple Pay, Ariana Grammatopoulou, war 2012 Co-Gründerin von Smood und sass fünf Jahre in seinem Verwaltungsrat.

JETZT REICHT'S!

Für die Fahrerinnen und Fahrer sei Simple Pay nicht fassbar gewesen, so Dandrès weiter: «Sie bekamen die Anweisungen von Smood, mussten sich bei Beschwerden an Smood wenden, Smood erklärte die Abrechnungen. Simple Pay hatte nichts zu melden.» Der Schwindel flog auf, als Anwalt Dandrès Simple Pay einen Besuch abstattete. «Am Gebäude gab es kein Firmenschild. Der Firmensitz befindet sich im Untergeschoss, in der Nähe des Abstellraums für die Abfallkübel. Es ist ein ausgebauter Keller mit zwei Räumen. Ein paar Möbel, zwei Computer, eine Kaffeema-



«Denken die wirklich, ich lasse mir das weiter gefallen?»

Fahrer MAHER BOUAZIZI

schine. Es war offensichtlich, dass die Firma mit bis zu knapp 1000 Mitarbeitenden nicht von dort aus geleitet wurde, sondern von Smood.» Sein Antrag ans Gericht ist somit klar: Smood müsse als Arbeitgeber für die Lohnforderungen geradestehen.

Wie alle bei Simple Pay hat auch Fahrer Maher Bouazizi die Kündigung erhalten. Smood sagt, man habe etwa hundert Entlassene direkt angestellt. Aber Bouazizi denkt nicht daran: «Ich habe für die Firma fast drei Jahre lang gechrampft. Sie weigert sich, mir zu zahlen, was mir zusteht. Denken die wirklich, ich lasse mir das weiter gefallen?»

Migros macht sich die Welt, wie sie ihr gefällt

Migros und Smood sind eng verbandelt. In der Westschweiz liefern die Fahrerinnen und Fahrer Onlineeinkäufe vom Grossver-

46 Prozent der Smood-Aktien gehören der Migros Genf.

teiler direkt nach Hause. Und 46 Prozent der Smood-Aktien gehören heute der Migros Genf. «Strategische Partnerschaft» nennen das die beiden Firmen.

Was sagt die Migros zur Kritik an Smood? Die Antwort aus Genf mutet bizarr an. Man habe sich gegenüber Smood «dafür eingesetzt, dass die rechtlichen Grundlagen respektiert würden» – als ob dies nicht eine Selbstverständlichkeit wäre. Zudem «begrüss» die Migros den umstrittenen GAV zwischen Smood und der Gewerkschaft Syndicom –

von dem allerdings die Fahrerinnen und Fahrer von Simple Pay ausgenommen waren.

M

FOTO: KEY

NO COMMENT. Zum Umstand, dass diese nach wie vor auf die Augustlöhne warten: kein Wort. Zur Massenentlassung ohne Sozialplan: no comment. Zum Firmenphantom Simple Pay: «eine unabhängige und autonome

Firma, die mehrere Kunden hat». Mehrere Kunden? Anwalt Christian Dandrès, Kenner der Zustände bei Simple Pay: «Streng genommen ja. Aber neben den Hunderten Fahrerinnen und Fahrern, die Simple Pay an Smood ausgeliehen hatte, gab es genau zwei Mitarbeitende in anderen Firmen.»

Pippi Langstrumpf hat orangefarbene Haare. Und singt: «Ich mach' mir die Welt, widdewidde wie sie mir gefällt.» (che)



la suisse existe
Jean Ziegler

EINE BOMBE VOR MITTERNACHT

Es war Mittwoch, der 31. August, um 23 Uhr 47. Im ersten Stock des Palais Wilson am Genfersee, dem Sitz des Uno-Hochkommissariats für Menschenrechte, brannten hell die Kronleuchter. Die

Die Schweiz sollte sofort den Freihandelsvertrag mit China kündigen.

Hochkommissarin Michelle Bachelet und das Dutzend ihrer engsten Mitarbeitenden sassen

vor dem Bildschirm. Dreizehn Minuten vor dem Ende ihrer Amtszeit setzte sie einen 51seitigen Untersuchungsbericht in die Welt über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche die chinesische Staatsmacht an den Uiguren und anderen muslimischen Minderheiten in der Region Xinjiang begangen hat. Der Bericht schlug ein wie eine Bombe.

ETHNISCHE SÄUBERUNG. Seit der chinesische Präsident Xi Jinping 2014 die ethnische Säuberung in Xinjiang intensivierte, kamen dank geflüchteten Häftlingen, Satellitenbildern und herausgeschmuggelten Regierungsdokumenten immer mehr Zeugnisse der chinesischen Verbrechen an die Öffentlichkeit. Seit 2017 sollen fast 2 Millionen der 18 Millionen Uigurinnen und Uiguren in Konzentrationslagern gefangen gehalten, systematisch gefoltert und versklavt worden sein. Michelle Bachelet hatte jahrelang mit der chinesischen Staatsführung über eine Reise nach Xinjiang verhandelt. In diesem Mai durfte sie endlich einreisen. Für acht Tage. Gemäss Uno-Recht legte sie ihre Schlussfolgerungen vor der Veröffentlichung den Chinesen vor, in der Hoffnung, die Situation in Xinjiang etwas zu verbessern. Die Reaktion Pekings war ein Gegenbericht von 131 Seiten. Inhalt: Das Uno-Dokument sei eine reine Lüge. Ich kenne und bewundere Michelle Bachelet in ihrer täglichen Arbeit. Sie ist voller chilenischer Lebensfreude, blitzgescheit und temperamentvoll. Die Familie Bachelet gehörte zu den Opfern des Putschisten Augusto Pinochet. Ferngesteuert vom damaligen US-Aussenminister Henry Kissinger, liess er 1973 den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende und Tausende von dessen Anhängerinnen und Anhängern umbringen. Alberto Bachelet, ein Luftwaffengeneral, starb an den Folgen der Folter, seine Witwe und seine Tochter Michelle flohen ins Exil nach Ostberlin. Nach dem Fall des Diktators Pinochet 1990 wurde die unbeugsame Sozialistin Michelle für zwei Amtszeiten zur Präsidentin der Republik gewählt. Uno-Generalsekretär António Guterres ernannte sie 2018 zur Hochkommissarin für Menschenrechte.

CHINA SCHWÄCHEN. Wie kann der chinesische Völkermord gestoppt werden? Den Bachelet-Bericht muss nun der Uno-Menschenrechtsrat in seiner kommenden Herbstsession behandeln und eine permanente Kommission zur Überwachung der Menschenrechte in Xinjiang einsetzen. Das wird die chinesische Diplomatie zumindest schwächen. Die Schweiz muss im Rat für eine Verurteilung Chinas stimmen. Der Bundesrat kann aber noch mehr tun: Internationale Firmen, auch mit Sitz in der Schweiz, profitieren von der Sklavenarbeit uigurischer Arbeiterinnen und Arbeiter in den Industriebetrieben von Xinjiang. Unser Land sollte deshalb sofort den Freihandelsvertrag mit China kündigen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam diesen Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Wegen Teuerung und MilliardenGewinnen für Konzerne:

Streiks und Proteste in ganz Europa



STARKER AUFTRITT: In Grossbritannien zwangen Proteste die neue, neoliberale Regierung schon dazu, ein 150 Milliarden Pfund schweres Hilfspaket zu verabschieden. FOTO: GETTY

Überall brodeln die Aufstände gegen die steigenden Energiepreise. Doch dahinter steckt mehr: Es ist die erste Stufe der voranschreitenden grossen ökologischen Krise.

OLIVER FAHRNI

Nicht nur im solothurnischen Gerlafingen, wo das Stahlwerk die Produktion runterfahren will und Kurzarbeitsentschädigung beantragt hat, sorgen die explodierenden Energiepreise für einen heissen Herbst. In Grossbritannien zwingen schon an ihrem zweiten Amtstag Streiks und Proteste die neue, neoliberale Premierministerin Liz Truss in die Knie: Gegen ihr eigenes Dogma kündigte sie ein staatliches 150-Milliarden-Paket an, um die Folgen der explodierenden Energiepreise zu lindern.

In Frankreich streiken Dutzende von Belegschaften für den Teuerungsausgleich, ein Generalstreik und ein nationaler Marsch für tiefere Lebenskosten stehen kurz bevor. Das könnte sich zum Aufstand auswachen. Deutschlands Koalitionsregierung schaut derweil bang auf die Teuerungspolster und hofft, daraus werde keine Gelbwesten-Bewegung wie 2018 in Frankreich. In Italien drohen 140'000 Unternehmen wegen der Energiepreise mit Schliessung.

SÜNDENBOCK

Zum Glück gibt es Wladimir Putin. Der dreht am Gashebel. Seinem Aggressionskrieg gegen die Ukraine kann man alles zuschreiben, auch die extremen Preissteigerungen. Das ist praktisch, aber kaschiert die Realität: Die Preistreiber lief bereits im Sommer 2021 heiss, acht Monate vor Kriegsbeginn. Damals schwamm Europa in Öl und Gas. Doch die Energiekonzerne verknappten die Lieferungen künstlich, um im Auf-

schwung nach der Covid-Epidemie kräftig abzuzucken. Ganze Tankerflotten dümpelten randvoll wartend auf den Weltmeeren. 2021 machten Aramco, Exxon, Shell, Total, BP & Co. denn auch historische Rekordumsätze. Und verdoppelten die Gewinne in den ersten sechs Monaten 2022 nochmals. Ende Jahr dürften sie die Billionengrenze erreichen. Nach Schätzungen der Ökonomen wird der Krieg den Konzernen jetzt zusätzlich 1600 Milliarden Dollar in die Kassen spülen, während sich Europa darauf vorbereitet, im Winter zu frieren und Millionen Arbeitsplätze zu verlieren.

Da zeigt sich nicht nur der Irrsinn des Kapitalismus. Die Preise stehen auch für den Bankrott einer deregulierten europäischen Energieversorgung, die noch immer vorwiegend auf fossile Brennstoffe wie Öl, Uran oder Gas baut.

Europas Strommarkt war bis vor kurzem an die französische Atomwirtschaft angelehnt. Sie versorgte den halben Kontinent, auch die Schweiz, mit billigem Atomstrom. Dieser war nur deshalb so billig, weil viele Kosten nicht voll eingerechnet sind (Atomtüll-Endlagerung, Sicherheit, Rückbau usw.). Doch bereits im Winter 2021 kippte das System. Der Dezember war kalt, die subventionierten Elektroheizungen liefen wie verrückt, und Frankreich wurde zum Netto-Stromimporteur. Die Atomstromgrossmacht (87 Prozent des französischen Stroms kommen theoretisch aus AKW) konnte den eigenen Bedarf nicht mehr decken. Um ihre Lieferverträge zu bedienen, musste die öffentliche Stromproduzentin Electricité de France (EDF) teuer Strom zu kaufen, machte also trotz rasant gestiegenen Preisen Milliardenverluste.

FOLGE DER KLIMAKRISE

Nur war nicht der wachsende Konsum der wahre Grund für das Stromdesaster: Zahlreiche Atommeiler stehen wegen Wartung oder Reparatur still. Ende August liefen nur gerade 24 der 56 Reaktoren, die Stromproduktion hat sich fast halbiert (von mehr als 400 auf

geschätzte 220 Milliarden Kilowattstunden). Im Hitze- und Dürresommer 2022, als halb Europa brannte, enthielt sich eine andere Wahrheit: In Frankreich mussten die Leistungen der Atomkraftwerke auch deshalb heruntergefahren werden, weil der tiefe Wasserstand der Flüsse und die hohe Wassertemperatur keine Kühlung der AKW mehr zulies. Norwegen, das Frankreichs Rolle als Europas führender Stromexporteur übernommen hatte, musste seine Stromlieferungen reduzieren und drohte sogar, sie ganz einzustellen. In Norwegen war es kein Kühlproblem, das Land erzeugt den Strom überwiegend in 1700 Wasserkraftwerken. Doch der Wasserpegel war so stark gesunken, dass die Regierung der Eigenversorgung Vorrang gab. Und so wird es nun wohl Jahr um Jahr sein. Die brenzlige Lage, die Millionen in den Energienotstand treibt, ist bereits eine Folge der grossen ökologischen Krise.

Bizarr, greifen die meisten Regierungen und die EU nun gerade wieder verstärkt auf dieselben fossilen Brennstoffe zurück, die den Klimawandel erst verursacht haben. Sie hatten nie aufgehört, Öl und Gas mit Milliarden zu subventionieren. Jetzt liebäugelt Deutschland damit, Kohlekraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen, Frankreich und andere Länder haben dies bereits beschlossen. Das von der EU und Konzernen als Ölersatz forcierte Erd- und Flüssiggas ist ökologisch und ökonomisch eine Sackgasse. Hochriskant ist auch die Laufzeitverlängerung für AKW. Und jubelt die totergebliebene Atomlobby über Präsident Macrons Atomstromliebe (siehe Artikel unten), täuscht sie die Bürgerinnen und Bürger: Die neuen Reaktoren kommen frühestens im Jahr 2035 – zu spät, um gegen den Klimawandel etwas auszurichten. Und selbst im Vollausbau, das zeigen alle Szenarien, würden sie nur 15 Prozent des Energiebedarfs decken.

ENERGIE MOBILISIERT

Akut haben Europas Regierungen heute ein brennendes Problem: Wie können sie verhindern, dass aus den Preis-Protestbewegungen ein europaweiter Gelbwesten-Aufstand wird? Wärme, Kochen, Licht, Kommunikation, Transport sind Grundbedürfnisse. Energie ist Gemeingut. Das mobilisiert. Preisdeckel wären vielleicht eine Lösung. Gewerkschaften fordern sie schon lange. Strompreisbremsen sind einfach, wie etwa das österreichische Modell zeigt: Der Grundbedarf eines Haushalts (bis zu 2900 Kilowattstunden) würde subventioniert. Italien, Spanien und Frankreich favorisierten andere Mechanismen, in Deutschland und Grossbritannien ist gerade alles im Fluss. Schwieriger sind limitierte Preise bei Benzin, Öl und Gas, weil da übermächtige Konzerninteressen tangiert werden. Doch die EU mit der Nachfragemacht von 450 Millionen Einwohnenden könnte Höchstpreise festlegen, an die sich auch grosse Konzerne halten müssten.

Finanzieren liessen sich Massnahmen wie Preisdeckel durch die Abschöpfung der Extragewinne. Darüber ist in Brüssel und den Hauptstädten gerade ein heftiger Streit entbrannt. Italien hat eine solche Abgabe bereits beschlossen, andere Regierungen schiken sich an, dem zu folgen. Dagegen machen neoliberale Hardliner und Konzernlobbyisten Front. Wie sagte Macrons Wirtschaftsminister Bruno Le Maire: «Ich weiss nicht, was Extraprofite sind.»

Riesiger AKW-Park: Frankreich im Atomwahn

Neulich in einer Pariser Quartierapotheke: «Haben Sie Jodtabletten?» – «Wir sind ausverkauft. Machen Sie sich Sorgen wegen der Ukraine?» – «Nein, im Fernsehen sagen sie, Radioaktivität sei aus einem AKW ausgetreten, 140 Kilometer nördlich von hier. Bei diesem Wind ist die Wolke in zwei Stunden bei uns.» – «Aber Sie wissen schon, dass die Panne vor 10 Tagen geschah?»

Immer mehr Französinnen und Franzosen misstrauen der Atomindustrie, dem Stolz der Nation, mit 56 Atomkraftwerken und einer Wiederaufbereitungsanlage am Ärmelkanal, wo auch Plutonium für die französischen Atomwaffen extrahiert wird. Allein für den Monat Juli listete ein Gewerkschafter des Stromversorgers Electricité de France (EDF) 21 Zwischenfälle in französischen Kraftwerken auf. 32 AKW stehen derzeit wegen Wartung und Reparaturen still.

In 12 AKW jüngerer Bauart wurden jüngst Korrosionen und Risse im Notkühlsystem entdeckt. Brandgefährlich. Seither macht sich in den Teppichetagen Panik breit. Denn niemand weiss, woher die Risse kommen und wie viele

Kraftwerke davon betroffen sind. Ein industrielles Desaster droht. Präsident Emmanuel Macron aber macht Druck, die AKW zum Winter hin wieder hochzufahren. Wie sicher wird das sein?

Solche Zweifel sind Konzernsache nicht, Fukushima ist lange her, und ihn treiben handfeste wirtschaftliche Interessen an. 6 bis 14 Atomkraftwerke des neuen Typs EPR will der Präsident bauen lassen. Er ist in Eile. Ist das Monsterprogramm, das eine Viertelbillion Franken kosten dürfte, erst einmal aufgelegt, sind nichtfossile Energieformen für Jahrzehnte blockiert. Macrons Freunde in Beton, Öl und Finanz freut's.

AUSBAU STATT ABBAU. Bei den erneuerbaren Energien hängt Frankreich zurück, obschon es sich mit 3400 Kilometern Küsten, dem windigen Rhonetal und den sonnigen Südalpen aus Wind-, Gezeiten- und Solarenergie versorgen könnte. Vor allem weiss niemand, wie die EDF das monströse EPR-Programm stemmen sollte. Bei bisherigen Versuchen, EPR zu bauen, verdreifachte sich die Bauzeit, und die Kosten explodier-

ten. Der Stromkonzern EDF, zu 84 Prozent in Staatsbesitz, ist hochverschuldet und fährt Milliardenverluste ein. Dafür ist auch der Strompreisdeckel verantwortlich. Der Preis, so hat Macron dekretiert, darf maximal um 4 Prozent steigen. Doch weil der Strommarkt dereguliert wurde, muss die EDF ihren privaten Konkurrenten, die selber keinen Strom erzeugen, aber mit Strom handeln, den Saft zu einem festen, tiefen Preis abgeben. Derzeit kommt die Megawattstunde auf 257 Euro zu stehen, weitergeben muss die EDF sie für nur 46 Euro. So



wird der Preisdeckel zur Quelle von Extraprofiten für Konzerne.

Der Präsident will die EDF nun zu 100 Prozent übernehmen. Linke anderswo träumen von der Verstaatlichung der Stromversorgung, weil Strom ein Gemeingut sein müsste. Doch hinter Macrons «Verstaatlichung» steckt ein türkischer Plan namens «Herkules», wie ein EDF-Kader von der Gewerkschaft SUD enthüllt: «Mit Steuergeldern wird der Atompark ausgebaut. Dann zerschlägt Macron die EDF, trennt die Stromproduktion von der Stromverteilung, die privatisiert wird.» Ein klassisches Manöver der Neoliberalen: Die Verluste werden sozialisiert, die Gewinne privatisiert. In den Worten des Gewerkschafters: «Der Hold-up des Jahrhunderts.» OLIVER FAHRNI

Darum ist unser Strom jetzt so teuer – aber nicht für alle

Strompreis-Explosion ist kein Unfall



STROMPREISEXPLOSION: Um Haushalten mit kleineren und mittleren Einkommen zu helfen, fordern die Gewerkschaften einen Preisdeckel und finanzielle Entlastungen. Bezahlt durch die Krisengewinne der Stromkonzerne. FOTO: DEPOSITPHOTOS

Strom wird durchschnittlich 27 Prozent teurer. Die Axpo bekommt eine Not-Kredit-Limite des Bundes über 4 Milliarden Franken. Erste Firmen melden Kurzarbeit an. Alles die gleiche Krise? Nein – aber alles eine Frage des Systems.

CLEMENS STUDER

Wie teuer wird's?

Im Durchschnitt wird der Strom in der Schweiz für Private und Firmen im reglementierten Markt um 27 Prozent teurer. Doch wie es so ist mit Durchschnittswerten: es gibt Stromversorger, die schlagen um über 280 Prozent auf, bei anderen bleibt der Preis mehr oder weniger stabil.

Warum zahlen nicht alle mehr?

Besser stehen grundsätzlich Haushalte und KMU da, die in der Grundversorgung sind. Hier werden die Preise staatlich zumindest teilweise kontrolliert. Noch besser stehen Private und Firmen da, deren Stromversorger viel Strom selber produzieren und nicht einfach damit handeln, das heisst möglichst billig einkaufen und möglichst teuer verkaufen wollen. In der rot-grün registrierten Stadt Zürich zum Beispiel steigt der Strompreis gar nicht. Das EWZ produziert mit eigenen Wasser-, Wind- und Solarkraftwerken mehr Strom, als seine Kundinnen und Kunden verbrauchen. Für die Kundinnen und Kunden der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ), des Energieversorgers des rechtsbürgerlich regierten Kantons, steigen die Strompreise um rund einen Viertel. Grund: Die EKZ besorgen sich den grössten Teil des von ihnen verkauften Stroms auf dem Strommarkt und produzieren ihn nicht selber.

Die Sache mit «dem freien Markt» I – Börse

Verkauft ein Stromversorger mehr Strom, als er selber produziert, muss er diesen auf dem sogenannten freien Markt einkaufen. Diese Geschäfte laufen zur überwältigenden Mehrheit über die Strombörse. Hier gibt es – vereinfacht – zwei Preise: einen für Strom, der kurzfristig gebraucht und geliefert wird. Das ist der sogenannte Spotmarkt. Er trägt länderübergreifend zur Stabilisierung der Netze bei und gleicht Schwankungen aus. Daneben gibt es den Terminmarkt. Hier wird Strom über Monate und Jahre im Voraus ge- und verkauft. Es ist ein pures Spekulationsgeschäft. Weil die Aussichten seit rund einem Jahr ungünstig sind (siehe Artikel links) und sich nach dem russischen Angriff auf die Ukraine weiter verschlechtert haben, sind die sogenannten Terminpreise auf Rekordhoch. Konkret: Vor der Krise schwankte der Preis für Strom, der im ersten Quartal 2023 produziert und geliefert werden wird, zwischen 50 und 100 Euro. Im Juli lag er bei über 1000 Euro. Ende August stieg er auf 1700 Euro. Seither ist er wieder auf rund 925 Euro gesunken (Stand Redaktionsschluss, 14.9.).

Die Strompreise werden dabei nach dem sogenannten Merit-Order-Prinzip festgelegt. Das geht so: Ein Stromversorger, der mehr an seine Endkundinnen liefern muss, als er produziert, sucht den fehlenden Strom an der Börse. Dort bieten Produzenten Strom zu ihren Gestehtungskosten an. Die sind je nach Produktionsart unterschiedlich. Doch der Zuschlag erfolgt zum Preis, der vom teuersten Anbieter ausgerufen wird. Zurzeit sind das Gaskraftwerke, die wegen der explodierten Gaspreise enorm teuer produzieren. Dieses Prinzip bedeutet, dass die Produzenten mit günstigen Grenzkosten enorme Gewinne einfahren. Gleichzeitig müssen sie bis zur Lieferung des Stroms in der Zukunft Sicherheiten hinterlegen (siehe: Die Sache mit dem Markt III – Axpo).

Die Sache mit «dem freien Markt» II – Liberalisierung

Die sogenannte Liberalisierung des Strommark-

tes ist ein Lieblingskind der Wirtschaftsverbände und der rechten Parteien. Immer und immer wieder brachten sie diese aufs Tapet. Zum Glück in der Schweiz nur teilweise erfolgreich. Nur wer mehr als 100'000 Kilowattstunden Strom pro Jahr verbraucht, kann sich auf dem freien Markt eindecken. Unter dem heroischen Motto «Einmal frei, immer frei» stürzten sich rund 23'000 Firmen in das Stromcasino. Einige Gewerbler und Wirte liessen ihre grössten stromfressenden Maschinen dem Vernehmen nach sogar «leer» laufen, um auf den für die «Freiheit» nötigen Verbrauch zu kommen. Und haben jetzt grosse Probleme – grösser als jene Unternehmen, die in der Grundversorgung blieben. Übrigens: Dass es für KMU und Haushalte noch einen Stromsektor mit regulierten Preisen gibt, ist dem Widerstand der Gewerkschaften zu verdanken. Am 22. September ist es genau zwanzig Jahre her, dass die vollständige Liberalisierung des Strommarktes abgelehnt wurde. Die Gewerkschaften hatten das Referendum ergriffen. Die damalige SP-Bundeshausfraktion musste zuerst von der Parteibasis zur Besinnung gebracht werden.

Die Sache mit «dem freien Markt» III – Axpo

Der Energiekonzern Axpo steht exemplarisch für die Auswüchse des sogenannt freien Strommarktes. Und ist jetzt notfallmässig auf staatlichen Beistand angewiesen. Die Axpo gehört den Nordostschweizer Kantonen und ist in den vergangenen Jahren zu einer von den rechtsbürgerlich regierten Besitzern tolerierten Zockerbude gekommen. Trotz ihrem festgehaltenen Zweck, für eine «sichere und preisgünstige Stromversorgung» zu sorgen. Im letzten Halbjahr machte die Axpo einen Umsatz von 6 Milliarden Franken. Davon stammen gerade einmal 1,4 Milliarden aus der eigenen Stromproduktion. Der Rest aus Spekulation. Die Axpo beendet ihr Geschäftsjahr jeweils Ende September. Bis dahin wird sie dann wohl 12 Milliarden Franken im Handel umgesetzt haben – fünfmal mehr als mit der Produktion. Es ist zu erwarten, dass die Axpo zum Bei-

spiel aus ihren längst abgeschriebenen AKW dank dem Merit-Order-Prinzip (siehe: Die Sache mit «dem freien Markt» I – Börse) in den nächsten Monaten gigantische Gewinne einfahren wird. Doch die Zockerei hat ihren Preis. Wer an der Strombörse spekuliert, muss Sicherheiten hinterlegen. Das funktioniert vereinfacht so: Ein Stromproduzent oder -händler verspricht, zu einem bestimmten Zeitpunkt im März eine bestimmte Menge Strom zu liefern. Für den dafür vereinbarten Preis muss der Anbieter eine Art Depot hinterlegen. Die Idee dahinter: Liefert ein Stromanbieter nicht, soll der Stromkäufer den versprochenen Strom auf dem Markt einkaufen können, zulasten des ausgefallenen Produzenten. Das bedeutet: je höher der vereinbarte Preis, desto höher ist das Depot. Jetzt hat sich die Axpo in einem Ausmass in die Zockerlei gestürzt, dass ihr das flüssige Geld für die Depots auszugehen droht. Darum muss jetzt der Bund mit einer Milliardengarantie einspringen. Die Steuerzahlenden übernehmen also das Risiko, in das sich die vor kurzem noch so hochmütigen und immer noch fürstlich bezahlten Strommanagerinnen und -manager gestürzt haben.

Was heisst das für die Haushalte? Auch wenn dank dem regulierten Markt die Strompreiserhöhungen geringer ausfallen als auf dem freien, ist die Belastung für Zehntausende Haushalte enorm. Gerade für solche mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien fordern deshalb einen Strompreisdeckel und Entlastungen für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen. Finanziert werden sollen diese aus den Krisengewinnen, die von Stromkonzernen eingefahren werden.

Was heisst das für die Firmen?

Für KMU und Gewerbler ist auch eine Wiederaufnahme in die Grundversorgung denkbar. Allerdings müssten die Bedingungen (zum Beispiel Verbleibdauer, temporärer Tarifzuschlag) berücksichtigen, dass die «einmal frei, immer freien» sich ein grosses Stück selber in die missliche Lage gerettet haben. Sonst bezahlen alle anderen Kundinnen und Kunden für das Markttabentuer einzeln.

Was heisst das für die Firmen?

Für Firmen in der Grundversorgung ist die Situation ähnlich wie für die Haushalte. Auch sie

brauchen je nach Situation Unterstützung, obwohl sie im regulierten Markt besser geschützt sind als jene, die sich daraus abgemeldet haben. Letztere haben in den vergangenen Jahren tendenziell profitiert, weil die Marktpreise niedriger waren als die regulierten Preise. Jetzt ist es massiv umgekehrt. Vor allem für jene, die sich nicht abgesichert haben, ist das ein Problem. «Selber schuld», könnte man jetzt denken. Doch Häme ist fehl am Platz. Nicht wegen der Manager und Gewerbler, die die Lohnabzüge verhindern. Sondern wegen der Sittlichkeitskämpfer, die von Stellenverlust oder Mindereinkommen wegen Kurzarbeit bedroht sind.

Darum schlagen die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien Massnahmen zum Schutz der bedrohten Arbeitsplätze vor. Das gilt besonders auch für die Branchen, die am stromintensivsten sind. Für sie soll ein Fonds aus abgeschöpften Krisengewinnen der Stromkonzerne geöffnet werden, der ihnen einen Teil des Verbrauchs zu Gestehtungskosten liefert.

Für KMU und Gewerbler ist auch eine Wiederaufnahme in die Grundversorgung denkbar. Allerdings müssten die Bedingungen (zum Beispiel Verbleibdauer, temporärer Tarifzuschlag) berücksichtigen, dass die «einmal frei, immer freien» sich ein grosses Stück selber in die missliche Lage gerettet haben. Sonst bezahlen alle anderen Kundinnen und Kunden für das Markttabentuer einzeln.

Eine – allerdings am liebsten bedingungslose – Rückkehrmöglichkeit fordert unterdessen auch der Gewerbeverband SGV. Ausgerechnet einer der lautesten «Strommarkt für alle öffnen»-Schreier. Ein SGV-Zitat von vor nicht allzu langer Zeit: «Der Strommarkt ist endlich ganz zu liberalisieren. Der SGV steht zu einer marktwirtschaftlichen Energiepolitik. Sie belohnt Energieeffizienz und setzt auf unternehmerische Freiheit, Innovation und Marktliberalisierung.» Wie fast immer beim SGV ist das Gegenteil richtig, wie die aktuelle Situation ein weiteres Mal zeigt: die neoliberale Pseudo-Ordnung ist (auch) bei der Stromversorgung gescheitert.



Weg mit Stromfressern im Haushalt: Diese neuen Tumbler und Kühlschränke braucht das Land

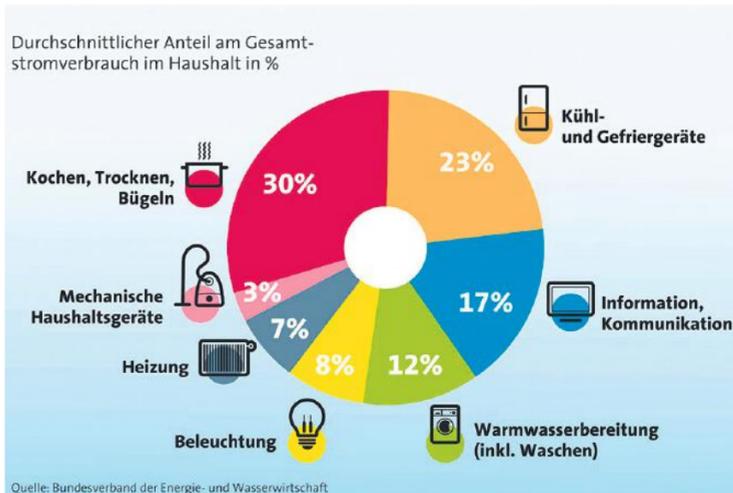
Die Strompreise steigen, und die Strombarone kassieren. Wir brauchen dringend mehr Staat und mehr Solarenergie. Und wir können auch im Haushalt viel bewegen. Die besten neuen Tumbler und Kühlschränke brauchen vier Mal weniger Energie als der Schnitt der heutigen Geräte.

Sprache ist verräterisch. Auch und gerade, wenn sie die Fakten verschleiert. In der Presse lesen wir von «Zufallsgewinnen» und von «Übergewinnen», die die Stromunternehmen derzeit machen. In Tat und Wahrheit sind das alles Krisengewinne (siehe auch Seiten 10–11).

Durchschnittlich zahlen die Schweizer Haushalte und Unternehmen pro Kilowattstunde Strom, die sie verbrauchen, nächstes Jahr 10 Rappen mehr als 2021. Das rote Zürich ist eine Ausnahme. Weil die Stadt gleich viel produziert wie konsumiert. Die Mehrheit der Haushalte und Unternehmen bezahlen 2023 zusammen 5 Milliarden Franken mehr. Und 2024 noch einmal 5 Milliarden mehr. Und ab 2025 15 Milliarden mehr.

Werden hier Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert? Nein, denn die Wasser- und Atomkraftwerke, die nicht den Verteilern gehören, sind ebenfalls parastaatlich. Das alles ist eine gewaltige, unsoziale Steuerbelastung zulasten der kleinen und mittleren Einkommen und Betriebe.

Ausweg 1: Der Preisüberwacher muss mehr Kompetenzen bekom-



LICHT TOP, TROCKNEN FLOP: Eine erhellende und hilfreiche Zusammenstellung, was im Haushalt wie viel Strom verbraucht. FOTO: LBS

men. Stefan Meierhans müsste verhindern können, dass man Strom, der 6 Rappen kostet, für einen Franken verkaufen darf. So könnte und müsste eine effiziente helvetische Strompreisbremse aussehen.

Ausweg 2: Die grosse Mehrheit der über 600 Stromverteiler, die keinen oder zu wenig selbstproduzierten Strom haben, müssten sofort in effiziente bifaziale Freiflächenanlagen investieren.

Ausweg 3: Sand- oder Kiesspeicher der nächsten Generation müssten drei Funktionen weitgehend verlustfrei übernehmen. Erstens den

Tag-und-Nacht-Ausgleich. Zweitens die Überbrückung von Dunkelflauten in Europa. Und drittens die Verschiebung von Sommerstrom in den Winter.

Schrittweise beginnen wir zu begreifen, dass sich einiges verändern kann und sollte. Nur leider dauert alles verdammt lange.

VERSCHROTTUNGSPRÄMIE. Aber wir alle können viel mitbewegen, wenn wir die grössten Stromfresser im Haushalt ersetzen. Im neusten Testheft der deutschen Stiftung Warentest werden kombinierte Kühl- und Tiefkühlschränke einerseits sowie Tumbler

andererseits getestet und verglichen. Am besten schneidet der Bosch KGE3881 ab. Er braucht pro Jahr nur 118 Kilowattstunden Strom. Das entspricht einer 13-Watt-LED-Röhre, die man durchgehend brennen lässt. Alle Leserinnen und Leser dieser Zeitung könnten und sollten mit einem Strommessgerät nachmessen, wie viel Strom ihr heutiger Kühlschrank samt Gefrierfach verbraucht.

Etwas mehr Energie verbrauchen effiziente Wärmepumpen-Tumbler. Super schneiden die Wärmepumpen-Tumbler von Miele, Bosch und Samsung ab. Wobei die Miele-Maschinen doppelt so teuer sind wie jene von Bosch und Samsung.

Sinnvoll wäre es, mit Verschrottungsprämien den Prozess der Erneuerung der Haushaltsgeräte zu beschleunigen. Obwohl sich der Ersatz der alten Geräte angesichts der massiv gestiegenen Energiepreise so oder so lohnt.

KERZENLICHT. Jede Veränderung hat auch mit Emotionen zu tun. Der Präsident von Swissgrid fordert uns alle auf, Kerzen zu horten. Die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga meldet Vollzug im Kampf gegen ein Blackout an: Sie habe ihre Tassen und Kerzen bereits im Schrank. Beides ist angesichts der vielen Notstromaggregate, über die grössere und kleinere Unternehmen in der Schweiz verfügen und die in der Stromnot angeworfen werden könnten, eigentlich grosser Nonsens. Denn Schätzungen gehen von einer möglichen Leistung von 2,6 AKW aus.

Ein Vorschlag zur Güte: Die Leserinnen und Leser von work laden sich die Septemberrubrik des deutschen Testheftchens herunter. Danach werden die Lichter im Wohnzimmer gelöscht. Bei Kerzenlicht studieren alle Mitglieder eines Haushaltes gemeinsam die unheimlichen technischen Fortschritte im Bereich der Haushaltsgeräte. Besser als jeder Fernsehabend.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/stierlin-eins
Wer hat noch einen alten Sibir-Kühlschrank bei sich zu Hause? Bitte zwecks Reportage melden! Wer kennt die Geschichte des harten Trotzisten und erfolgreichen Kapitalisten Hans Stierlin? Ein kleiner Abtaucher in die Geschichte der Linken und des technischen Fortschritts lohnt sich

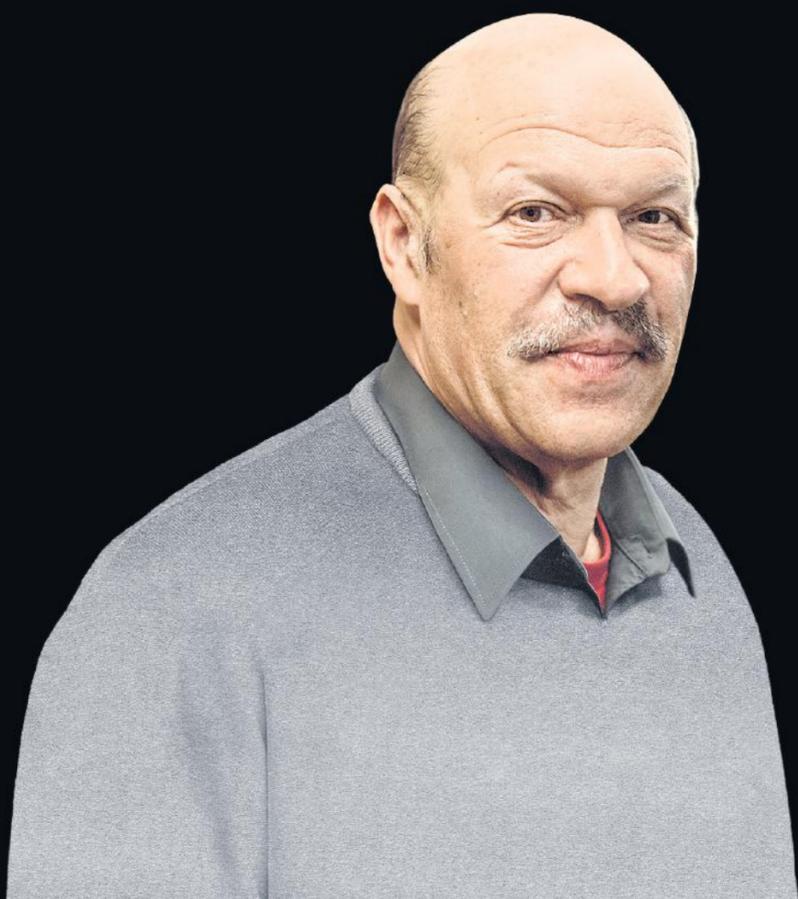
● rebrand.ly/stierlin-zwei
Auch work berichtete schon ausführlich über Sibir-Erfinder Stierlin und die trotzkistische Bewegung in der Schweiz – die zwar klein war, aber einflussreich. Auch in den Gewerkschaften.

● rebrand.ly/testheft
Hier lässt sich für 5 Euro 99 das neueste Heft der deutschen Stiftung Warentest herunterladen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Noch höhere Preise?



NEIN 😡 **zur Erhöhung der Mehrwertsteuer!**

Köbi Hauri, Präsident IG Rentner:innen Unia

AHV-Abbau

2x NEIN

Mehr bezahlen, weniger Rente

Referendumsbündnis Nein zum AHV-Abbau, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Neuer Film über die Klimaproteste: «Der laute Frühling» Sind wir noch zu retten?

Statt Pipelines zu sprengen, müsste sich die Klimabewegung mit den Arbeiterinnen und Arbeitern verbünden. Das zeigt ein neuer Film im spannenden Mix aus Doku und Comic.

RALPH HUG

1992 fand in Rio de Janeiro die erste Umweltkonferenz statt. Seither gab es 27 Konferenzen, und zig Versprechen von Regierungen und Konzernen – doch das Resultat ist nichts als heisse Luft: In den letzten 30 Jahren sind die klimaschädlichen CO₂-Ausstösse nicht etwa gesunken, sondern um 60 Prozent gestiegen. Warum? Diese Frage steht am Anfang des Films von Johanna Schellhagen und dem Kollektiv labournet.tv. Die deutsche Autorin lässt keine Zweifel offen: Das System ist falsch, es braucht eine Revolution. Dies setzt Schellhagen in ihrem Thesenfilm ins Bild um.

Im Zentrum steht der weltweite Klimaprotest. Ob in Deutschland, Frankreich oder Argentinien – überall auf der Welt gehen zumeist jüngere Aktivistinnen und Aktivisten gegen die fortschreitende Klimazerstörung auf die Barrikaden. Schellhagen ist ihnen gefolgt und lässt sie vor der Kamera ausführlich zu Wort kommen. Tenor: «Wir wollen nicht zuschauen, wie die Welt zugrunde geht.» Starke Bilder von Demos und Protestaktionen führen die moralische Dringlichkeit dieses Engagements vor Augen.

RADIKALE UMKEHR

Schellhagen hat auch massgebende Intellektuelle befragt. Zum Beispiel den schwedischen Ökologen Andreas Malm. Sein Buch «Wie man eine Pipeline in die Luft jagt» ist unter der Klimajugend ein Bestseller. Aktivist und Dozent Malm befürwortet Stör- und sogar Sabotageaktionen, um die Klimakrise aufzuhalten. Damit hat er Gruppierungen wie Extinction Rebellion beeinflusst, die mit spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams von sich reden machen. Als weitere Expertin kommt die Lausanner Ökonomin Julia Steinberger zu Wort. Auch sie plädiert angesichts der fortschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen für eine radikale Umkehr. Diese beiden Interviews sind zweifellos Höhepunkte in Schellhagens Doku. Im zweiten Teil des Films fordert Regisseurin Schellhagen: Der Klimaprotest werde machtlos bleiben, wenn er nicht das Bündnis mit der Arbeiterbewe-



GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN: Hartnäckig und mit teils spektakulären Aktionen versucht die Klimabewegung, die grosse Katastrophe doch noch zu verhindern. FOTO: LABOURNET.TV

gung suche. Sie setzt auf die Basis in den Betrieben und in der Produktion. Also auf die Menschen, die Unterdrückung und Ausbeutung täglich am eigenen Leib erfahren. Nur wenn die Arbeitenden die Macht in den Fabriken selbst übernehmen, ändere sich wirklich etwas. Die Produktion könnte dann jenseits des Profitprinzips auf der Basis der wirklichen Bedürfnisse und des Gemeinwohls organisiert werden.

MACHT DER BETRIEBE

Schellhagen und das Kollektiv labournet.tv haben in den letzten zwei Jahrzehnten zahlreiche Streiks und Arbeitsproteste mit der Videokamera dokumentiert. Daraus schöpfen sie ihre Zuversicht, dass eine solche Umwälzung möglich ist. Sie sind der Überzeugung: Die Menschen müssen die Macht in Staat und Gesellschaft durch einen Umsturz in der Produktion übernehmen und auf diese Weise den unseligen Kapitalismus überwinden. Im Film kommt diese Revolution in Form eines Animationsfilms daher. Die Utopie des guten Lebens ist ein Comic. Ob sie je real wird, muss offenbleiben.

Inspiziert vom Klassiker: Laut und leise

Der Titel von Johanna Schellhagens Film «Der laute Frühling» ist eine Anspielung auf ein Buch aus dem Jahr 1962. Die US-Biologin Rachel Carson schrieb darin erstmals über die verheerenden Folgen des Insektengifts DDT und anderer Chemikalien für die Natur, insbesondere die Vogelwelt.

SUPER-GIFT. DDT galt lange als Wundermittel in der Landwirtschaft. Doch wo grosse Mengen eingesetzt wurden, fielen die Vögel sogar vom Himmel. Deshalb betitelte Carson ihr Buch «Der stumme Frühling» (The Silent Spring). Das Werk gilt als erstes Buch der Ökobilogie. (rh)

Der Dokumentarfilm «Der laute Frühling» ist am 22. und 23. September **im Neuen Kino Basel** zu sehen. Am Freitag, 23. September, ist die Autorin Johanna Schellhagen anwesend. Ebenso stellt sie sich am 24. September um 16.30 Uhr in der **Reithalle Bern** sowie am 25. September um 17 Uhr **im Kommunalen Kino in Freiburg** dem Publikum.

Bahnhofs-Film Zürich – Kairo retour

Während zu den Stosszeiten Geschäftsleute in Anzügen durch den Zürcher Hauptbahnhof hetzen, sorgen unzählige Arbeiterinnen und Arbeiter dafür, dass alles rundläuft: Sie putzen die Bahnhofshallen, bedienen Hungerige und beseitigen Abfälle. Typisch Schweiz – und dann auch wieder nicht, wie der Film «Mahatah» (ägyptisch für Bahnhof) zeigt. Die Dok ist ein Projekt der Schweizer Regisseurin Sandra Gysi und des ägyptischen Regisseurs Ahmed Abdel Mohsen. Das Duo porträtiert die Hauptbahnhöfe Zürichs und Kairo mit ihren hart arbeitenden Menschen und harten Realitäten. Und zeigt, welche Ähnlichkeiten, aber auch Unterschiede die beiden Orte haben. Eine ausserordentlich spannende Reise mitten ins Leben der Bahnhofs-Büezerinnen und -Büezer von Zürich bis Kairo.

Mahatah von Sandra Gysi und Ahmed Abdel Mohsen. Schweiz 2022. 78 Minuten. Ab 16. September im Kino. Mehr Infos: rebrand.ly/mahatah.

Kino-Komödie

Känguru-Verschö- rungs

Der Berliner Bestsellerautor und Kabarettist Marc-Uwe Kling hat wieder getextet – und erstmals auch Regie geführt. Herausgekommen ist die «Känguru-Verschö-
rungs», eine irrwitzige Kino-Komödie über ein seit Corona bestens bekanntes Phänomen: die Schwurbler- und Querdenkerinnen-Szene. Kling hat nämlich ein Problem: Die Mutter seiner Traumfrau ist im Internet falsch abgebogen und leugnet jetzt den Klimawandel. Also begibt sich der Kleinkünstler auf heikle Mission: die Befreiung der Schwiegermutter in spe aus den Fängen von Fake News und Verschwörungsideologien. Unterstützt wird er dabei von seinem Mitbewohner, einem kommunistischen Känguru. Doch an der «Conspiracy Convention» legt sich das bissige Beuteltier ausgerechnet mit dem Oberguru an. Das kommt gar nicht gut an bei dessen Fans – und schon geht's um Leben und Tod.



Die **Känguru-Verschö-
rungs** von Marc-Uwe Kling, Deutschland 2022, 103 Minuten. Jetzt im Kino.

workxl der wirtschaft

Hans Baumann



TEUERUNG TRIFFT HAUSHALTE MIT TIEFEN EINKOMMEN STÄRKER

Wenn jetzt die Preise steigen, trifft das die Haushalte mit tiefen Einkommen hart. Denn die Kaufkraft ihres Einkommens sinkt stärker als jene bei mittleren und höheren Einkommen. Der Grund dafür: Personen mit wenig Einkommen müssen einen grösseren Teil davon für den täglichen Gebrauch und fürs Wohnen ausgeben. Also für Essen und Trinken sowie für Miete und Energiekosten. Und diese Preise sind seit Jahresfrist stärker gestiegen als etwa jene für Bekleidung und Möbel.

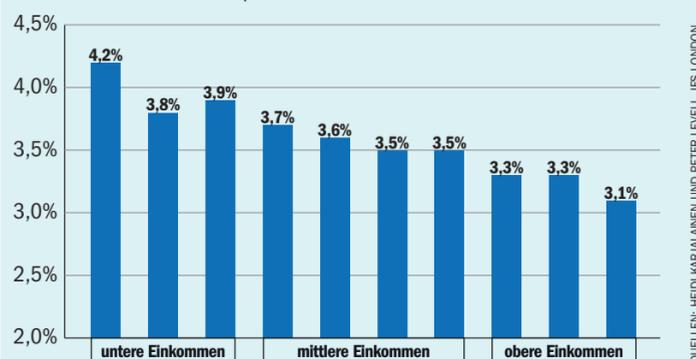
REICHE WENIGER BETROFFEN. Eine Untersuchung in Grossbritannien hat aufgezeigt, wie sich die unterschiedliche Zusammensetzung der Ausgaben auf die Einkommensgruppen auswirkt. Unser Diagramm zeigt die Unterschiede umgerechnet auf die schweizerische Situation mit einem durchschnittlichen Anstieg der Konsumentenpreise von 3,5 Prozent im August 2022. Der Warenkorb der Haushalte in den mittleren Einkommensgruppen

hat eine Teuerung von 3,5 bis 3,7 Prozent. Für Haushalte mit tiefen Einkommen erhöhen sich hingegen die Konsumpreise um 3,8 bis 4,2 Prozent. Der Zehntel mit den höchsten Einkommen ist hingegen nur von einer Teuerung von 3,1 Prozent betroffen.

TEUERUNGS-AUSGLEICH JETZT! Eine höhere Teuerung hat demnach auch Auswirkungen auf die Einkommensverteilung: Tiefe Löhne verlieren (noch) mehr an Kaufkraft, hohe Einkommen verlieren weniger. Auch aus gewerkschaftlicher Sicht ist deshalb eine hohe Teuerung problematisch. Drastische Gegenmassnahmen seitens der Nationalbank wie eine schnelle Zinserhöhung können jedoch zu Rezession und Arbeitslosigkeit führen. Was wiederum oft diejenigen mit geringeren Einkommen trifft. Besser wäre es etwa, die Extraprofite der Energiekonzerne zu besteuern und mit diesen Mitteln Haushalten mit mittleren und tiefen Einkommen die Heizkosten zu verbilligen.

Nicht alle sitzen im gleichen Teuerungs-Boot

Teuerung nach Einkommens-Dezilen: mittlere Jahresteuierung im August 3,5%. Landesindex Konsumentenpreise LIX.



Lesebeispiel: Beim untersten Zehntel der Haushalte mit den tiefsten Einkommen betrug die August-Teuerung 4,2%.

Die wichtigste Antwort auf die steigende Teuerung sind aber ein Teuerungsausgleich und Lohnerhöhungen. Die tiefen Einkommen müssen dabei mehr angehoben werden, weil sie stärker von der Teuerung betroffen sind, etwa durch

einen einheitlichen Teuerungsausgleich in Franken für alle oder eine deutliche Anhebung der vertraglichen und gesetzlichen Mindestlöhne.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Geschichte von unten

Basler Chemie im Museum

Längst hat in Basel Big Pharma das Sagen. Aber noch bis in die 1990er Jahre dominierte am Rhein die «Chemische», also die traditionsreiche chemische Industrie mit ihren typischen Produkten: Textilfarben, Kunststoffe und Pestizide. Dann kam die grosse Auslagerungswelle in Billiglohn-Länder. Werke wurden abmontiert, verschleibt und verschifft. Noch da sind allerdings die ehemaligen Büezerinnen und Büezer. Jetzt kommen sie erstmals in einem Museum zu Wort. Denn das gerade eröffnete Chemiemuseum Basel präsentiert Geschichte «von unten»: Fünfzig frühere Industriearbeiterinnen und -arbeiter haben den Ausstellungsmachern erzählt, wie es einst zu- und hergegangen ist bei Ciba, Geigy & Co. Einmalige Einblicke in den alten Basler Büezeralltag also – und all das in der ehemaligen Fabrikhalle 314 auf dem Klybeckareal.

Chemiemuseum, Mauerstrasse 1, 4057 Basel. Geöffnet jeden Mittwoch (14 bis 18 Uhr) und am ersten Samstag des Monats (10 bis 18 Uhr). chemiemuseum.ch.



Das offene Ohr
Marina Wyss
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Mutterschaft I: Kann ich mein Pensum reduzieren?

Nach der Geburt meines ersten Kindes habe ich mein Pensum von 100 auf 80 Prozent reduziert. Nun bin ich wieder Mutter geworden und habe meine Vorgesetzte gebeten, das Pensum auf 60 Prozent herunterzusetzen. Jetzt hat sie mir aber mitgeteilt, dass dies aus organisatorischen Gründen nicht machbar sei. Ich müsse nach dem Mutterschaftsurlaub wieder zum bisher vereinbarten Pensum arbeiten kommen. Falls ich dazu nicht bereit sei, würde das Arbeitsverhältnis – unter Einhaltung der Kündigungsfrist – aufgelöst. Darf mir die Arbeitgeberin kündigen, weil ich nach dem Mutterschaftsurlaub nicht zu 80 Prozent arbeiten kommen kann?

MARINA WYSS: Ja. Es gibt kein Recht auf eine Herabsetzung des Arbeitspensums. Wenn das Pensum anders festgelegt werden soll, als dies im Vertrag festgehalten wird, handelt es sich um eine Vertragsänderung. Das bedeutet, dass beide Parteien damit einverstanden sein müssen. Allerdings gelten in Ihrem Fall aber auch die Bestimmungen zum Kündigungsschutz wegen Mutterschaft. Das heisst: Ihnen darf zwischen dem Beginn der Schwangerschaft bis 16 Wochen nach der Geburt Ihres Kindes nicht gekündigt werden. Wird dies trotzdem gemacht, gilt die Kündigung als nichtig und ist unwirksam. Hierbei handelt es sich um den sogenannten zeitlichen Kündigungsschutz. Das heisst, dass Ihre Arbeitgeberin Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht kündigen darf.

Generell rate ich bei Kündigungen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Mutterschaft, die Rechtsberatung der Unia in Anspruch zu nehmen, denn eine solche Kündigung könnte auch missbräuchlich sein. In Ihrem Fall sehe ich auf den ersten Blick aber keine Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Kündigung; wie zu Beginn erwähnt, haben Sie keinen Rechtsanspruch auf eine Reduktion des Pensums.

BABY DA, Pensum runter? So einfach ist's oft nicht. FOTO: ADOBE STOCK

Mutterschaft II: Wer hat Anspruch auf Familienzulagen?

Nachdem ich Mutter geworden bin und die Erwerbstätigkeit für ein Jahr aufgegeben habe, arbeite ich seit einigen Wochen wieder in meinem ursprünglichen Beruf. Allerdings ausserhalb von meinem Wohnort in einem anderen Kanton. Mein Mann hingegen arbeitet in unserem Wohnkanton. Da wir nun beide arbeiten, aber in zwei verschiedenen Kantonen, haben wir uns gefragt, ob wir nun beide Anspruch auf Familienzulagen haben und diese doppelt bezahlt bekommen?

MARINA WYSS: Nein, gemäss dem Familienzulagengesetz darf für jedes Kind nur eine Zulage ausgerichtet werden. Sie und Ihr Mann erfüllen durch die Erwerbstätigkeit nun beide die Voraussetzung für den Bezug von Familienzulagen. Für diese Fälle hat das Gesetz eine Rangordnung aufgestellt: Arbeiten beide Elternteile und leben diese mit dem Kind zusammen, hat die Person den Vorrang, die im Wohnsitzkanton des Kindes arbeitet. In Ihrem Fall also Ihr Mann. Nun ist es so, dass nicht alle Kantone gleich hohe Familienzulagen bezahlen. Es könnte sein, dass der Kanton, in dem Sie neu arbeiten, höhere Familienzulagen vorsieht. Sollte dies der Fall sein, haben Sie Anspruch auf die Differenz. Bei Fragen können Sie sich an die Ausgleichskassen oder an die Unia wenden.

work-Spezial zur Lehre: Weil nichts besser schützt vor miesen Chefs und

Lernende, Lernender, kenne

Dein Chef will, dass du auch noch nach der Berufsschule im Geschäft antrabst. Oder dir vorschreiben, was du anziehen sollst. Darf er das? Unia-Jugendsekretär Julius Kopp sagt, was geht und was nicht.

JULIUS KOPP

Plötzlich in der Lehre! Plötzlich mitten im Berufsleben! Das ist ein riesiger Schritt – für alle Jugendlichen.

Einer, der viele Veränderungen mit sich bringt. Und auch viele Unsicherheiten. Denn jetzt sagt dir der Chef oder die Ausbilderin, was du darfst und was du musst. Und du fragst dich vermutlich immer mal wieder: stimmt das denn?

Richtig so! Denn du hast nicht nur Pflichten in der Lehre, sondern auch Rechte. Die zu kennen ist wichtig. Als Unia-Jugendsekretär helfe ich dir dabei. Ob zu Ferien, Lohn, Arbeitszeit oder Berufsschule: ich beantworte regelmässig Fragen, die mir junge Berufsleute zuschicken. work zeigt eine Auswahl:

6-Tage-Weekend in der Lehre: Ist das okay?
Ich mache eine Lehre im Detailhandel und musste im letzten Monat zweimal von Montag bis Samstag jeden Tag arbeiten. Ist das in Ordnung?

Grundsätzlich darf dich dein Arbeitgeber an bis zu 6 Tagen am Stück einsetzen. Wenn du aber von Montag bis Samstag jeden Tag arbeitest, muss er dir an einem dieser 6 Tage einen freien Halbttag gewährleisten. Zudem darf deine Arbeitszeit (inkl. Berufsschule) in einer Woche in keinem Fall mehr als 45 Stunden betragen, und du musst zwischen zwei Arbeitseinsätzen immer mindestens 12 Stunden Ruhezeit haben.

Ich empfehle dir zu prüfen, ob während deiner 6-Tage-Weekend alle diese Kriterien erfüllt wurden. Wenn nicht, kannst du dich wehren. Sprich mit deiner Berufsbildnerin, oder melde dich bei der Unia in deiner Region. Wir helfen dir, deine Rechte durchzusetzen.

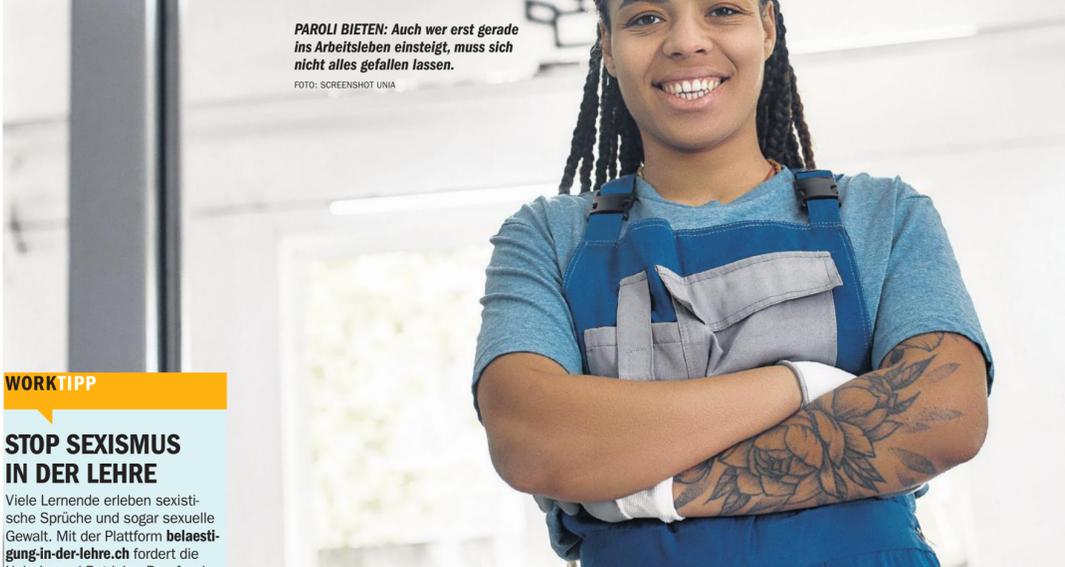
Muss ich für den Stützkurs nacharbeiten?
Ich habe mit einem Stützkurs an der Berufsschule begonnen, da

ich mit dem Schulstoff nicht ganz nachkomme. Ich muss dafür einmal in der Woche eine halbe Stunde früher vom Betrieb weg. Auf Weisung des Chefs muss ich deshalb an den anderen Tagen länger arbeiten. Darf er das verlangen?

Grundsätzlich muss dir dein Lehrbetrieb im Durchschnitt einen halben Tag pro Woche für den Stützkurs freigeben und darf dafür übrigens auch keine Lohnabzüge machen. Falls du auf eigenen Wunsch den Stützkurs absolvierst und dein Berufsbildner mit diesem Wunsch nicht einverstanden ist, entscheidet das Berufsbildungsamt darüber, ob du den Stützkurs brauchst. Falls dein Berufsbildner dem Stützkurs aber bereits zugestimmt hat, kannst du verlangen, dass die halbe Stunde Abwesenheit nicht abgezogen wird.

Darf mir der Chef mein Piercing verbieten?
Ich mache eine Lehre als medizinischer Praxisassistent und trage ein Piercing in der Nase. Mein Ausbilder will, dass ich den Stecker während der Arbeit entferne, da dies unhygienisch sei. Als ich widersprach, drohte er mir eine Lohnkürzung an oder sogar die Kündigung. Muss ich das Piercing rausnehmen?

Grundsätzlich erlaubt das Gesetz dem Arbeitgeber, Weisungen zum Verhalten am Arbeitsplatz zu erteilen. Darunter fallen auch Bekleidungs- und sichtbar getragener Schmuck. Den Lohn kürzen darf dir dein Chef während der Lehre nur, wenn du unentschuldigst nicht zur Arbeit kommst oder dem Betrieb absichtlich schadest. Und eine Kündigung darf während der Lehre nur bei schweren Verfehlungen ausgesprochen werden. Beide Massnahmen wären in deinem Fall unverhältnismässig. Du bist jedoch im Gesundheitswesen tätig. Deshalb würde ein Gericht die Hygiene als Argument für ein Piercingverbot wohl gelten lassen. Falls dein Chef dir nicht entgegenkommt, wirst du die Weisung befolgen müssen.



PAROLI BIETEN: Auch wer erst gerade ins Arbeitsleben einsteigt, muss sich nicht alles gefallen lassen.

FOTO: SCREENSHOT UNIA

WORKTIPP

STOP SEXISMUS IN DER LEHRE

Viele Lernende erleben sexistische Sprüche und sogar sexuelle Gewalt. Mit der Plattform **belastigung-in-der-lehre.ch** fordert die Unia-Jugend Betriebe, Berufsschulen und Behörden dazu auf, endlich Massnahmen zu ergreifen. Vertrauliche und professionelle Soforthilfe für Betroffene bietet das Portal **belastigt.ch**. (pdi)

Wie kann ich mich gegen Überstunden wehren?
Ich (17) bin im zweiten Lehrjahr als Floristin und muss regelmässig Überstunden machen. An manchen Tagen, vor allem wenn ich auch noch an der Berufsschule bin, komme ich so auf mehr als zehn Stunden, die Pausen schon abgezogen. Kann ich mich dagegen wehren?

Zuerst mal herzliche Gratulation! Das Recht auf Elternurlaub besteht seit 2021 und gilt unter der Voraussetzung, dass der Vater zum Zeitpunkt der Geburt erwerbstätig ist, in den neun Monaten vor der Geburt obligatorisch AHV-versichert und in dieser Zeit mindestens fünf Monate lang erwerbstätig war. AHV-Beiträge bezahlt man ab dem 1. Ja-

nuar nach Vollendung des 17. Altersjahres. Wenn dein Kind also nach dem 30. September des Jahres, in welchem du 18-jährig wirst, geboren wird, hast du Anspruch auf Elternurlaub – sofern du in den letzten neun Monaten mindestens fünf Monate im Lehrverhältnis warst. Kommt dein Kind früher auf die Welt, hast du keinen Anspruch. Kläre zudem ab, ob für deine Firma ein Gesamtarbeitsvertrag gilt, dessen Regelung zum Elternurlaub über das gesetzliche Minimum hinausgeht.

Vaterschaftsurlaub – auch als Lernender?
Ich bin im dritten Lehrjahr meiner vierjährigen KV-Ausbildung. Nun ist meine Partnerin schwanger. Habe ich Anspruch auf Elternurlaub?

Zuerst mal herzliche Gratulation! Das Recht auf Elternurlaub besteht seit 2021 und gilt unter der Voraussetzung, dass der Vater zum Zeitpunkt der Geburt erwerbstätig ist, in den neun Monaten vor der Geburt obligatorisch AHV-versichert und in dieser Zeit mindestens fünf Monate lang erwerbstätig war. AHV-Beiträge bezahlt man ab dem 1. Ja-

fiesen Ausbilderinnen

deine Rechte!

AB IN DIE UNIA-JUGEND AKTIV WERDEN

In der Unia-Jugend organisieren sich die Gewerkschaftsmitglieder unter 30 Jahren, um für ihre Interessen als Lernende und junge Arbeitende einzustehen. Sie kämpfen gegen Ausbeutung in der Lehre oder im Praktikum, gegen sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz (siehe Box) und für bessere Arbeitsbedingungen.

COOLE AKTIONEN: Die Unia-Jugend macht mit Kampagnen und Aktionen auf die Probleme von jungen Berufsleuten aufmerksam. Und macht Druck, damit die Betriebe und die Politik ihre Forderungen ernst nehmen und angehen müssen. Bestimmt, laut und solidarisch bringt die Unia-Jugend ihre Anliegen auch in die Gremien der Unia ein und trägt so zu einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik bei.

VIEL SPASS: Daneben macht die Unia-Jugend vor allem auch Spass: Auf dem Programm stehen gemeinsame Go-Kart-Fahrten, Ski-lagen, Parties, Wanderungen, Ausflüge in den Europapark und vieles mehr. Vor allem aber bietet sie die Gelegenheit, neue Freundschaften mit anderen Lernenden und jungen Arbeitenden zu schliessen. Willst du einmal bei der Unia-Jugend reinschnuppern? Schreibe ein E-Mail mit deinem Wohnort an **jugend@unia.ch**, und wir melden uns bei dir. (juk)

mir die Arbeitslosigkeit. Was soll ich tun?

So früh mit Arbeitslosigkeit konfrontiert zu werden ist sicher nicht einfach. Ich rate dir dringend, dich drei Monate vor Ablauf des befristeten Vertrags bei der Gemeinde oder beim zuständigen Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) zu melden. Als Lehrabgängerin hast du Anspruch auf maximal 200 Tagelöhner. Noch wichtiger ist aber, dass dich das RAV bei der Stellensuche unterstützt. Dazu gehören neben Informations- und Weiterbildungskursen auch spezielle Bildungs- oder Berufspraktika und Beschäftigungsprogramme für junge Arbeitslose. Informiere dich beim RAV oder bei der Unia-Arbeitslosenkasse.

Mehr Antworten gibt's auf **workzeitung.ch/lemende-fragen**. Hast auch du eine Frage? Schreib an **lehre@unia.ch** oder auf Instagram: **rebrand.ly/fragjulius**.

Arbeitslos nach der Lehre: Was tun?

Ich habe im Sommer meine Lehre abgeschlossen. Ursprünglich hätte ich als Festangestellte bleiben dürfen. Leider habe ich nun aber doch nur einen befristeten Vertrag erhalten. Danach droht

Lehrlingsrechte zum Nachlesen:

«Nein, Chef, stets

Wie hoch der Lohn, wie viele Ferien, und als Lernende jeden Freitag das Büro saugen? Ein Ratgeber der Gewerkschaftsjugend gibt Auskunft. Zu diesen Fragen und vielen mehr!

PATRICIA D'INCAU

In der Ausbildung oder im ersten Job ist vieles neu. Wie praktisch wäre es da, wenn alle Fragen und Antworten rund um den Berufseinstieg an einem Ort gebündelt wären? Das hat sich auch die Jugendkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) gedacht. Und deshalb zu rund 400 Schlagwörtern Informationen gesammelt, die für junge Berufsleute relevant sind (siehe Spalte). Von A wie Arbeitszeit oder ADHS in der Lehre bis Z wie Zivilcourage.

work zeigt vier Punkte, die wirklich jeden Berufseinsteiger und jede Berufseinsteigerin betreffen:

LOHN. Wie viel du verdienst, steht in deinem Lehrvertrag. Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn für Lehrlinge gibt es zwar nicht, doch es ist möglich, dass es in deiner Branche oder in deinem Betrieb einen GAV gibt, in dem auch Mindestlöhne für Lernende vorgesehen sind. Gibt es einen GAV, muss sich deine Firma daran halten. Deine Chefin darf dir übrigens unter bestimmten Umständen den Lohn kürzen, dann nämlich, wenn du unentschuldigst fehlt. Nicht aber, wenn du krank bist. Dann muss dir dein Chef während des ersten Anstellungsjahres den Lohn während

Von A bis Z

putzen muss ich nicht!»

dreier Wochen bezahlen. Diese Dauer verlängert sich bei längerer Anstellung.

FERIEN. Bis und mit 20 hast du Anspruch auf mindestens fünf Wochen Ferien pro Jahr. Davon musst du mindestens zwei Wochen am Stück beziehen können. Du musst deine Ferienwünsche allerdings früh genug eingeben. Deine Chefin kann zwar den Zeitpunkt der Ferien

Manche GAV sehen auch für Lernende Mindestlöhne vor.

bestimmen. Sie muss bei der Ferienplanung aber Rücksicht auf deine Wünsche nehmen. Also beispielsweise darauf achten, dass du während der Schulferien freinehmen kannst.

Gut zu wissen: Einige Gesamtarbeitsverträge (GAV) sehen für Lernende mehr als fünf Wochen Ferien vor. Ob es für deinen Beruf einen GAV gibt und wie dort die Ferien geregelt sind, findest du im GAV-Service der Unia (**gav-service.ch**).

SCHULE. Wenn du eine Lehre machst, ist der Besuch der Berufsschule obligatorisch. Hier lernst du die Grundbildung und das schulische Wissen, das du für deinen Beruf brauchst. Ein ganzer Tag Unterricht an einer Berufsschule (ab 6 bis maximal 9 Lektionen inkl. Frei- und Stützkursen) gilt als Arbeitstag. Das heisst: ab sechs Lektionen an der Berufsschule (inkl. Frei- und Stützkursen) darf dich dein Chef also nicht dazu zwingen, am gleichen Tag noch

im Geschäft zu arbeiten, zum Beispiel im Abendverkauf.

PUTZEN. Es ist der Klassiker: Fallen Putzarbeiten an, wird der Lehrling eingesperrt. Klar ist aber: Der Lehrbetrieb muss Lernende hauptsächlich für Arbeiten einsetzen, die einen Zusammenhang mit der Ausbildung haben. Immer putzen müssen und Kaffee holen gehören nicht dazu. Klar ist hingegen auch: Vor dem Saubermachen darfst du dich trotzdem nicht einfach drücken. Und du musst auch Arbeiten erledigen, die nicht direkt mit deinem Beruf zu tun haben, wenn diese im Betrieb aber üblich sind. Allerdings mit Mass! Das heisst: Es darf nicht sein, dass du solche Ämtli und Hilfsaufgaben häufiger erledigen musst als andere.

**ZUM NACHSCHLAGEN
DEINE RECHTE!**

Den SGB-Ratgeber «Ich kenne meine Rechte» gibt's als Webplattform (**rechte-der-lemenden.ch**), aber auch als handliche Broschüre.



Zu bestellen für 5 Franken unter: **rebrand.ly/lemende-ratgeber**.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Handyaktionen: Achtung Abo-Falle!

Telekomfirmen bieten Handyabos häufig mit Aktionsrabatten an. Doch nicht immer sparen Sie damit Geld. Wir sagen Ihnen, worauf Sie achten sollten:

1. Lange Mindestvertragsdauer. Mit einer Mindestvertragsdauer binden Sie sich für eine gewisse Zeit an einen Anbieter, ohne dass Sie auf ein günstigeres Abo der Konkurrenz wechseln können. Bei Sunrise, Quickline, Salt, Talk-Talk und Swisscom verpflichten sich die Kunden meist für ganze zwei Jahre. Kundenfreundlicher waren in den letzten Monaten die Aktionen von Yallo, Lidl Mobile, Das Abo, Digitec Connect, Wingo, Coop Mobile und M-Budget Mobile. Hier können Sie den Vertrag jederzeit kurzfristig mit einer Frist von meist einem Monat kündigen.

2. Zeitlich limitierte Rabatte. Bei manchen Aktionen erhalten Sie das Abo für die ersten 6 Monate gratis oder für das erste Jahr stark reduziert. Doch kündigen können Sie so ein Abo meist erst nach zwei Jahren. Somit zahlen Sie ein Jahr oder mehr den Normalpreis. Auf zwei Jahre gerechnet, kommen Sie somit trotz Aktion teurer als bei anderen Anbietern. Manchmal locken die Anbieter Neukundinnen auch mit anderen «Goodies»: So verschenkte Sunrise einmal bei jedem Abokauf gratis Airpod-Kopfhörer, UPC gab je nach Abo einen Preisnachlass von 50 bis 100 Franken. Auf die gesamte Vertragsdauer gerechnet, waren die Abos dennoch (zu) teuer. **3. Stressfaktor Countdown.** Manche Anbieter geben mit einem Countdown auf der Website an, wie lange ein Abo noch mit dem Aktionsrabatt zu haben sei. Das setzt Kundinnen und Kunden unter Druck, rasch ein Abo abzuschliessen. Nur: Dieser Countdown findet oft gar nicht statt. Auffällig war dies jüngst etwa bei Angeboten auf dem Salt-Netz (Salt, Das Abo, Lidl). Nach Ablauf der Aktionszeit fing der Countdown einfach wieder von vorn an. Dasselbe war bei den Anbietern Talk-Talk und Quickline zu beobachten. Bei den anderen Anbietern war der Aktionszeitraum korrekt angegeben.

MARC MAIR-NOACK



FIESTE MASCHIE. Einige Anbieter behaupten, den Abo-Aktionspreis nur für eine bestimmte Zeit anzubieten – und setzen den Countdown einfach immer wieder neu. FOTO: ADOBE STOCK

Europaweites Rentner-Manifest:

Altern ist politisch

Viele Gewerkschaftsmitglieder bleiben auch nach der Pensionierung aktiv. Ein Manifest sammelt ihre Forderungen.

Einmal Mitglied, immer Mitglied: Das trifft auf die zahlreichen Rentnerinnen und Rentner zu, die auch nach ihrem Arbeitsleben in der Gewerkschaft aktiv bleiben. Auch die Unia kann auf sie zählen: auf die regionalen und manchmal sogar lokalen Rentner- und Rentnerinnen-gruppen sowie auf eine Gruppe, die sich auf nationaler Ebene organisiert.

TEILHABE. Darüber hinaus ist die Unia die einzige Schweizer Gewerkschaft, die dem Europäischen Verband der Rentner und älteren Menschen (Ferpa) beigetreten ist. Die 1993 gegründete

Ferpa ist die europäische Gewerkschaftsorganisation, die ältere und pensionierte Arbeitende gegenüber allen europäischen Institutionen vertritt.

Während der Corona-Pandemie hat die Ferpa ein Manifest verfasst. Es ist eine Bestandaufnahme der Situation von Rentnerinnen und Rentnern auf europäischer Ebene. Im Fokus unter anderem: die Bekämpfung der Altersarmut, das Recht auf angemessene Renten für alle, der Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie das Recht auf eine uneingeschränkte Teilnahme älterer Menschen am sozialen, politischen und kulturellen Leben.

Auch die Unia hat sich am Manifest beteiligt. Es kann online gelesen, heruntergeladen und weitergeschickt werden: **rebrand.ly/alters-manifest**. (pdi)

workrätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung für 2 Personen!



Das Hotel Bern ist die perfekte Location, um Bern und Umgebung zu erkunden. Das historische Haus liegt mitten in der lebendigen City, nur fünf Gehminuten vom Hauptbahnhof und 130 Meter vom Cityparking Metro entfernt. Sehenswürdigkeiten wie der Zytglogge, das Berner Münster oder das Bundeshaus sind zu Fuss erreichbar. Der ideale Ausgangspunkt für Shopping und Sightseeing in der bezaubernden Zähringerstadt.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 14
Das Lösungswort lautete: **TEUERUNG**

K	W	B	U	Z
A	B	B	A	U
N	E	B	S	T
T	O	N	T	H
N	S	A	U	E
S	T	E	G	R
H	K	A	N	A
Z	B	I	N	D
A	R	E	I	P
C	D	A	L	I
V	O	N	T	P
C	E	L	L	A
N	V	U	L	P

DEN PREIS, 200 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Fabian Hollenstein, Oberriet SG. Herzlichen Glückwunsch!

Zuspiel, das zu einem Tor führt	Aktion, Handlung	Initialen e. CH-Tennisspielers	fettig, tranig	kurz für: um das	die Gesetzbücher Mosis	US-Musiker (Marilyn)	Klostervorsteher	Nasal-laut	Steinwand	sächl. Fürwort	Läuse-ei	Vorn. v. Autor Meienberg †	zu keiner Zeit
...sparen? ...sparen! ...sparen!				Heil-kunde v. Menschen									5
Geld-schranke			4	Flugblatt (ugs.)	Auspuff-ausstoss						kanad. National-baum	Abk.: künstliche Intel-ligenz	
		dt. Nord-seeinsel		Vorder-seite				russ. Herr-scher Mz.		Zu-fluchts-orte		1	
ein-schliesslich, samt	schweiz. NHL-Eis-hockeyspieler				9	besitz-anzeig. Fürwort (3. Pers.)	Gast-haus-rechnung					zent-raler Punkt	Mann-schaft (engl.)
Futter-gefäss				Basken-mütze		Gren-glieds-...				Wasser-stands-messer		Tapfer-keit, Verwe-genheit	
in memoriam; Medien-anwätin (Regula) †	bibl. Volk	harzlose Nadel-bäume		Reini-gungs-gerät			Stachel-insekt		explodieren: Strom...				
						verzehr-bares Tierein-geweide	text. Hand-werk				men-schen-feindlich	ein-holen, er-reichen	
eh. russ. Raum-station				Orgie		im Raum befindlich			seltsam, abson-derlich		Luft der Lunge	2	
Binde-wort		mit Freude					Schiff Noahs	hoch-wertiger, loh-nender		8			histor. Städ-chen im Kt. GR
Zurück-setzen eines PC		11		Börsen-tages-wert		vierter Monat des Jahres					Grenz-fluss zw. Europa u. Asien	Keim-zelle	
		Empfeh-lung, Hinweis		scharfe Kurve				Gebäck: ...kuchen			Gemeinde im Kt. SG		7
kaputt (ugs.)	Haarent-fernung					Daten-träger	schweiz. TV-Moderatorin (Patrizia)					3	weibl. frz. Artikel
				Je un-gleicher, desto ...						sich räkel-n: sich ...			
Deck-schicht, Überzug	wasch-aktive Substan-zen						gros-ses Können, Virtuosi-tät						10

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 23. September 2022

INSERAT



LMV: Jetzt geht es um alles!

Auf den Baustellen läuft die grosse Streikabstimmung.

Die Bauarbeiter brauchen mehr Schutz und ein Ende des Stundenklus bei der Reisezeit. Dafür sind sie bereit zu kämpfen! Denn die Baumeister wollen bei den Verhandlungen zum Landesmantelvertrag (LMV) die Probleme auf dem Bau nicht anpacken und greifen die Rechte der Bauarbeiter frontal an.

Du willst mitmachen? Melde dich bei deinem Unia-Sekretariat!



WORKLESERFOTO



Klare Bergluft

WANN 4. August 2022
WO Göschenalp UR
WAS Moorsee mit Spiegelbild der Berge
Eingesandt von Paul Annaheim, Biberist SO

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 14 / 2.9.2022:
«MEHR BEZAHLEN FÜR WENIGER LEISTUNG? SO BLÖD KANN DOCH NIEMAND SEIN!»

Too big to fail!

Seit der neoliberalen Revolution mit den Galionsfiguren Margaret Thatcher und Ronald Reagan gilt die Devise: was Gewinn abwirft, privatisieren; was kostet, verstaatlichen. All die Marktgläubigen vergessen ihre Grundsätze, wenn es um ihre eigenen Pfründen geht. Sei es 2008 bei der Finanzkrise oder jetzt bei der Energiekrise. «Too big to fail» oder «systemrelevant» sind die Schlagworte. Es müssen Rettungsschirme, sprich Milliarden her, um den Spekulanten weiterhin ihre Gewinne zu garantieren. Wieso gibt es für die AHV keinen Rettungsschirm? Ist die AHV nicht systemrelevant? Die AHV, obwohl sie pro einbezahlten Franken am meisten Leistung ergibt, wird schon seit Jahren schlechtgeredet, damit Banken und Versicherungen in der zweiten und dritten Säule auf Kosten der Versicherten für sich billiges Kapital generieren können und dabei erst noch eine goldene Nase verdienen. Denkfabriken, neudeutsch Think-Tanks, verbreiten ihre neoliberalen Konzepte, die da lauten; Kapital entlasten (kommt allen zugute), Löhne, Renten und Konsum belasten. All die Steuer-

reformen, Stempelsteuer und jetzt die Verrechnungssteuer sind Teil dieses Konzepts. Soll mir jemand erklären, wenn alle von diesen Konzepten profitieren, wieso die Schere zwischen Reich und Arm immer grösser wird.

RUEDI AMREIN, WILCHINGEN SH, PER MAIL

Aufklärung nötig

Zu wenige wissen, dass unsere Vorfahren für uns zahlten und wir für unsere Nachkommen. So wird egoistisch von noch zu vielen Ja gestimmt. Weil sie nicht die Wahrheit kennen. Was nach mehr Aufklärung ruft.

ESTI MANI, VIA FACEBOOK

3 x Nein, 1 x Ja

3x Nein und 1x Ja zur Massentierhaltung sind bereits auf der Post!

JEANNETTE ZWÄRGLI NYFFELER, VIA FACEBOOK

WORK 14 / 2.9.2022:
HIER ENTSTEHT GRENGIOLS SOLAR

Flachdächer nutzen

Was ich nicht so recht verstehe, ist, weshalb man jetzt die Alpenlandschaft unbedingt mit Solarpanels zupflastern muss, wo es in der Schweiz doch Quadratmeter Industriebauwerke und Flachdächer gibt, die energiepolitisch brachliegen und die sich ohne optische Verschandelung hervorragend für solche Zwecke eignen würden.

HANSPETER GYSIN, PER MAIL

Rückbaubar

Es scheint vorwärtszugehen mit wirklich innovativen Solarprojekten wie in Grengiols. Wenn die vorgestellten Zahlen nur halbwegs stimmen (davon gehe ich aus), sollte diese Anlage unbedingt bis zum nächsten Herbst gebaut werden. Und einen weiteren Vorteil sehe ich: Wenn ich das Projekt richtig studiert habe, wäre der Solarpark auch relativ einfach

rückbaubar, wenn sich in 25 oder 50 Jahren noch bessere Optionen für eine günstige und nachhaltige Stromproduktion ergeben sollten. Das kann bei den AKW bekanntlich überhaupt nicht gesagt werden.

HANNI BAUER, PER MAIL

Endlich!

Jahrzehntlang haben rückständige Politikerinnen und Politiker und die Strombarone erneuerbare Energien verspottet und an der (Weiter-)Entwicklung gehindert. Lieber setzten sie auf Atomenergie, die auch nach der Stilllegung der AKW noch Jahrtausende gefährlich bleibt. Oder auf fossile Brennstoffe. Es ist himmeltraurig, dass es erst den Krieg von Putin gegen die Ukraine brauchte, dass endlich etwas vorwärtsgeht. Und es ist hochehrfreulich, dass die Solarfreundinnen und -Freunde sich nicht haben entmutigen lassen und jetzt ihre Projekte (hoffentlich) umsetzen können.

ROSA LEDERGERBER PER MAIL

WORK 14 / 2.9.2022:
STROM SPAREN. STROM SPAREN? STROM SPAREN!

Auf 4 G wechseln

Seit der Fukushima-Anti-AKW-Demo bin ich work-Abonnettin und habe diese Zeitung immer noch sehr gern. Auch wenn ich oft zu müde bin, nach der Arbeit am Freitag gross zu lesen. Viele spannende Artikel auch dieses Mal. Ich vermisse aber etwas im Artikel zum Thema Stromsparen: «He, du, wenn du von 5G zu 4G wieder zurückwechselst, hält dein Akku länger. Probier's aus!» Das ist doch ein offenes Geheimnis, oder? Sicher sind viele junge Menschen schon mit dieser Technologie unterwegs.

DANIELA GILGEN, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an [work.Redaktion.Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16](mailto:work.Redaktion.Leserbriefe,Gewerkschaft.Unia,Postfach,3000Bern16)





Kranführer Hermann Schober (59) hat auf 35 Metern Höhe den Überblick «Einfach die Nerven behalten»

Manchmal geht's auf der Baustelle hektisch zu und her. Doch davon lässt sich Hermann Schober nicht beeindrucken. Als Kranführer vertraut er auf seine ruhige Hand.

RALPH HUG | FOTOS MARA TRUOG

Wenn einer die ganze Baustelle überblickt, dann ist es der Kranführer. Hermann Schober ist die Aussicht von weit oben gewohnt. Seit bald vierzig Jahren ist der Umgang mit allen Arten von Kränen sein Job. Darunter auch grosse Ungetüme mit 50 und mehr Metern Höhe. Derzeit bedient er einen kleineren Kran. «35 Meter hoch mit 50 Metern Ausleger», sagt er. Auf der Baustelle im thurgauischen Sirnach, wo er gerade arbeitet, entsteht ein Mehrfamilienhaus.

Was ist das Geheimnis eines guten Kranführers? «Man muss die Nerven behalten, eine ruhige Hand haben und natürlich schwindelfrei sein», erzählt Schober beim Treffen mit work im Coop-Restaurant an seinem Wohnort in Rickenbach SG. Lasten punktgenau an einen bestimmten Ort zu hieven braucht Erfahrung. Und die hat sich Schober in einer langen Berufskarriere in Österreich, wo er geboren ist, erworben.

ZIG TONNEN BEWEGT. Nach der Schule trat er einen Job in der nahen Giesserei an. Dort bediente er den grossen Hallenkran und wurde «Kranist», wie es auf gut österreichisch heisst. In der riesigen Halle bewegte er tonnenschwere Lasten von glühendem Eisen. Kein Job auf Lebenszeit, denn die Belastung war gross.

Schober heuerte danach auf Baustellen an und wurde bald ein versierter Kranführer. Schon Tausende von Tonnen hat er in seinem Job bewegt und befördert. Unter

anderem baute er am 171 Meter hohen Millennium-Tower in Wien mit, dem zweithöchsten Wolkenkratzer Österreichs. Die Aussicht auf einen besseren Lohn lockte ihn schliesslich in die Schweiz, wo er seit 2009 arbeitet.

UMGEKIPPT KRÄNE. Heute ist er auf Baustellen im Raum St. Gallen – Thurgau tätig. Und steht am Ende seiner Laufbahn. Bald ist er 60 Jahre alt und freut sich darauf, vorzeitig in Pension zu gehen. Weil er lange in Österreich gearbeitet hat, ist noch unklar, ob er nächstes Jahr schon Anspruch auf die frühzeitige Pensionierung hat, die in der Schweiz für Bauarbeiter gilt. «Die Unia klärt das für mich ab», sagt Schober. Für Arbeitsmigranten wie ihn, die mit den Schweizer Verhältnissen nicht gleich gut vertraut sind wie Einheimische, ist die Gewerkschaft eine grosse Hilfe.

Das erwies sich schon einmal, als Schober das Pech hatte, bei einer Baufirma angestellt zu sein, die konkurs ging. «Seit ich in der Schweiz bin, ist mir das schon zwei Mal passiert», erzählt Schober. Es ging ihm Lohn flöten, der ihm zustand, und er musste sich einen neuen Job suchen. Doch als Kranführer sei man gefragt, darum habe er nicht lange suchen müssen. Auch von seiner Arbeit in Österreich her ist er es gewohnt, mobil zu sein und dort zu arbeiten, wo es der Job gerade erfordert.

Auf seinen vielen Baustellen hat Schober allerhand erlebt. Zum Glück blieb er bisher von Unfällen verschont. «Auch beim Kran kann durchaus was passieren», weiss er. Und erzählt von Vorfällen, wo Kräne umgekippt oder eingeknickt sind. «Die grösste Gefahr sind Überlasten», weiss Schober. Da bleibt er jeweils konsequent: Er winkt ab,



VIEL FEINGEFÜHL: Den ganzen Tag im Kran sitzen ist eine anstrengende Angelegenheit. Es braucht eine ruhige Hand, Augenmass und gute Kommunikation.

wenn er hört, ob er nicht noch dieses oder jenes Palett zusätzlich aufladen könne, um Zeit zu sparen.

ZNÜNI IN DER LUFT. Bei grossen Baustellen verbringt Schober viel Zeit hoch oben in der Krankabine. Auch den Znüni gibt's dort: «Es lohnt sich nicht, herunterzusteigen.» Darum packt er die Verpflegung morgens um viertel vor sieben mit ein, wenn er den Kran hochklettert. Wichtig ist ansonsten, dass die Zusammenarbeit mit dem Polier klappt. «Die Anweisungen kommen über Funk, da müssen wir uns gut verstehen.» Teamwork ist gefragt. Bei kleineren Baustellen bedient Schober den Kran meist von unten per Fernbedienung. Augenmass und Feingefühl sind aber ebenso vonnöten wie oben in der Kabine.

Die harten Jahre auf dem Bau gehen auch am «Kranisten» nicht spurlos vorbei. Hermann Schober ist zwar schlank und

wirkt zwäg, doch er hat schon drei Schlaganfälle hinter sich und musste krankheits halber pausieren. Seitdem nimmt er sich bewusst Zeit und lässt sich nicht mehr hetzen. Und auf tollkühne Dinge, wie zum Beispiel rein aus Spass auf den Ausleger hinauszuklettern und mal in schwindelnder Höhe die Aussicht zu geniessen, verzichtet er heute. «Des hob i hinter mir», sagt er im schönsten Kärntner Dialekt.

Dank den Berufsjahren in der Schweiz darf sich Schober auf eine bessere Rente freuen, als wenn er in der Heimat geblieben wäre. «Ich müsste dann mit tausend Euro Altersrente plus etwas Pensionskasse auskommen, das wäre schwierig.» Der Lohn für einen Kranführer beträgt in Österreich um die 1800 Euro pro Monat. Nun freut er sich auf die Jahre nach dem Arbeitsleben. Er wird sie zusammen mit seiner Frau am Wörthersee bei Klagenfurt verbringen.

HERMANN SCHOBER:

DIE RUHE GENIESSEN

Hermann Schober ist 1963 in Österreich geboren. Alle paar Wochen reist er nach Hause zu seiner Frau an den idyllischen Wörthersee. Dort steht sein Heim, und dort leben auch seine Angehörigen und Freunde.

FAMILIEN-WG. Unter der Woche bleibt ihm nicht viel Zeit. Nach Feierabend geniesst er die Ruhe. Er lebt in seiner Wohnung in Rickenbach SG zusammen mit einem Grosssohn, der ebenfalls auf dem Bau arbeitet und damit die Familientradition fortsetzt. Schon Hermann Schobers Grossvater und sein Vater waren Bauleute, starben allerdings beide früh: der Grossvater mit 58, der Vater mit 60. Dank der Frühpensionierung für Bauleute in der Schweiz hat Schober nun gute Chancen auf einen angenehmen Ruhestand.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia. **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16. **Telefon Verlag und Redaktion** 031.350.24.18. **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch. **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch. **Internet** www.workzeitung.ch. **Redaktion** Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darjaknezevic@workzeitung.ch. **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Julius Kopp, Andreas Rieger, Michael Stützel, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. **Sekretariat** Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch. **Anzeigenmarketing** Fabienne Jallily, Telefon 031.350.24.18, anzeigen@workzeitung.ch. **DRUCK** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, abo@workzeitung.ch. **Auflage** 69.344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.